

# Barnimer Bürgerpost

die unabhängige Leserzeitung

NR. 293 · 25. JAHRGANG · AUSGABE 7/2019 VOM 3. JULI 2019 · ERSCHEINT MONATLICH · 1 EURO

4 | **Bürgerentscheid  
am 1. September?**

Verkehrsführung Heegermühler Straße

7-10 |

»Berliner Mieten«  
sollen etabliert werden

Schon wieder ein Mieten-Spezial

12 |

Wachstum und Wechsel-  
wirkung von Populationen

Das Räuber-Beute-System

## Stell dir einmal vor...

... du bist Familienvater mit einem Häuschen in Virginia, deine beiden Jungs gehen zur high school, deine Gattin liebreizend, sorgt für Heim und Herd. Du denkst ständig an sie. Im Herbst wollt ihr zusammen Urlaub machen in den Rocky Mountains...

Doch plötzlich ist Gefechtsalarm und es ist aus mit der Träumerei. Denn du bist Airforce-Pilot beim dritten taktischen Bombergeschwader.

Dein Flugzeugträger, auf dem du stationiert bist, liegt vorm Golf von Oman. Hunderte anderer Offiziere, Piloten der modernsten und teuersten Kampfflugzeuge der Welt, deine Kameraden, müssen binnen zehn Minuten in ihrem Cockpit sitzen, der Radar-Offizier hinter dem Piloten.

Die Mannschaften machen das Flugzeug klar, Turbine an, und schon geht's ans Seil und dein Flugzeug, deine zweite Geliebte, wird hinausgeschleudert in den arabischen Himmel auf einem *Flight To Nowhere* in Richtung Teheran.

Dein Blutdruck ist auf 180, dein Puls bei 110, und du denkst an Sabrina, wie Du sie kennengelernt hast, damals in Alabama, auf der Hochzeit deines besten Freundes. Sie hat dich gleich angelächelt ...

Und nun schickt dich dieser verrückte Präsident in den sicheren Tod! Die Revolutionsgarden werden Hackfleisch aus ihm machen und wer weiß, ob seine geliebte Sabrina noch ein Häufchen Asche bekommt ... »Vermißt über der Straße von Hormuz« wird in dem Schreiben stehen, das sie bekommen wird.

Verdammt, warum ist er damals nicht nach Harvard gegangen, ins Wirtschaftsstudium? Nun gibt es kein Zurück! Befehl ist Befehl.

Unten gleitet die arabische Wüste entlang, dort hinten kommen die Wolkenkratzer von Dubai, nicht mehr lange, dann ist das Flugzeug in Gefechtsposition. Der Major der amerikanischen Luftwaffe beginnt zu beten ... doch plötzlich kommt ein Funkspruch von der Combat-Leitzentrale: »Alle sofort abdrehen...«

JÜRGEN GRAMZOW



## Widerstand gegen Mietenwahnsinn wächst

**Eberswalde (bbp).** Was in Berlin inzwischen heftigen Widerstand hervorruft – bis zur Forderung nach Enteignung der größten Mietpreistreiber – kann dann auch in Eberswalde zur Normalität werden. Deshalb formiert sich inzwischen in Eberswalde mehr und mehr der Widerstand gegen den »Mietenwahnsinn«.

Ansätze dazu gibt es seit längerem. Vor zwei Jahren hatten öffentliche Proteste die Mieterhöhungsspirale bei der WHG vorübergehend stoppen können – ohne allerdings den Preisanstieg bei Neuvermietungen verhindern zu können. Inzwischen gibt es bei der WHG ein förmliches und vom Aufsichtsrat schon vor einem Jahr bestätigtes Mieterhöhungskonzept. In der Stadtverordnetenversammlung, die eigentlich die Eigentümer der WHG vertritt, gab es dazu keine Diskussion.

Seit mehreren Monaten ist in Eberswalde auch eine Ortsgruppe der Initiative »Recht auf Stadt« aktiv, die beispielsweise im April die Demo

gegen Mietenwahnsinn und Wohnungsabriß sowie die Proteste gegen die Zwangsräumung in der Heimatstraße organisierte. Ganz aktuell veranstaltet die Initiative seit 1. Juli eine Aktionswoche zum Thema »Recht auf Stadt«.

Nach der aktuellen Welle von Erhöhungsbegehren für die Nutzungsentgelte für Genossenschaftswohnungen fanden sich inzwischen auch kritische Genossenschaftler zusammen, um sich gegen diese Entwicklungen zu wehren (Kontakt: eMail [mieten@alternative-eberswalde.de](mailto:mieten@alternative-eberswalde.de)). Versuche, die Kritik in den genossenschaftlichen Gremien wie der Vertreterversammlung vorzubringen, sind inzwischen mit zum Teil unlaute- ren Methoden abgeblockt worden.

Die verschiedenen Initiativen haben mittlerweile Kontakte geknüpft und versicherten sich ihrer gegenseitigen Unterstützung.

(siehe Seiten 7 bis 10)

## Die gespaltene Welt

*Zeitungen und Medien überhaupt gestatten uns Einblicke und Einsichten in diese Welt, die wir mit unserer begrenzten Kraft und Zeit niemals alleine erlangen könnten. Idealerweise bilden die Medien die Wirklichkeit ab wie sie ist, sie versuchen sachlich zu bleiben und stellen an den Rand einen kleinen Kommentar. Wie ist es aber zu erklären, daß in der großen Weltpolitik und auch bundesweit nur über Katastrophen und Skandale berichtet wird, während, wenn man sich die Lokalberichterstattung ansieht, fast nur Erfolgsmeldungen präsentiert werden?*

*Das paßt nicht zusammen. Die große Welt basiert auf der kleinen. Das lernt jedes Kind in der Schule.*

*Wenn jeder zweite Einwohner der Stadt mit dem Auto zur Arbeit fährt, so kann man sich leicht ausrechnen, daß bundesweit weit über 10 Millionen Menschen täglich individualmotorisiert unterwegs sind – mit entsprechenden Folgen für die Umwelt. Stellen Sie sich nur einmal vor, alle 10 Millionen würden gleichzeitig in Ihrem Wohnzimmer das Auto anlassen ...*

*Wenn nun kleine private, scheinbar unbedeutende Geschehnisse so große Wirkung entfalten, wie kann es dann sein, daß die Welt im Kleinen in Ordnung, während die Welt da draußen nur ein einziger Trümmerhaufen ist?*

*Stimmt da etwas in unserer Wahrnehmung nicht? Ist die große Welt vielleicht gar nicht so schlecht und unsere kleine lokale Ordnung vielleicht gar nicht so gut, wie sie dargestellt wird?*

*Jeder kehre vor seiner eigenen Türe, lautet ein Sprichwort. Doch vielen fällt das schwer.*

*Wie wäre es, wenn man erfahren würde, daß ein Bürgermeister bestechlich ist, oder daß die Geschicke der Lokalpolitik von rücksichtslosen Karrieristen bestimmt werden. Dann würden sich bald hinter jeder Hausecke Abgründe auf-tun und mit der Ruhe und Gemütlichkeit einer deutschen Kleinstadt wäre es schnell vorbei.*

*Deswegen greift hier die lokalmediale Staatsraison, um die Bürger nicht zu verschrecken oder gar aufzuwiegeln.*

*Das friedliche Zusammenleben der Einwohner ist oberstes Gebot!*

*Soll man doch auf die Kanzlerin schimpfen und die NATO, bei uns zu Hause ist alles bestens. Der Bäckermeister fährt mit dem Lastenrad, reiche europäische Rentner schwimmen mit dem Hausboot den Finowkanal entlang und ein zweifelhaftes Kulturangebot in einem Abrißblock wird als großer Knüller verkauft. Leider nur sonntags geöffnet.*

*Damit die rosarote Welt des Lokaljournalismus nicht zu sehr von der Realität abdriftet, werden seitenfüllende Anzeigen geschaltet, die den Leser auf seine angeblich wahren Probleme hinweisen, nämlich BLÄHUNGEN und RÜCKENSCHMERZEN.*

*Damit ist die Welt wieder im Lot.*

JÜRGEN GRAMZOW

Internationale Luftfahrtausstellung (ILA):

## Schluß mit militärischen Flugvorführungen

**Luckenwalde (bvb).** Der Kreistagsabgeordnete von BVB/Freie Wähler in Teltow-Fläming Matthias Stefke, der auch für die Landtagswahl am 1. September im Wahlkreis 25 (Blankenfelde-Mahlow, Rangsdorf, Zossen und Baruth) kandidiert, fordert anlässlich des schweren Eurofighter-Unglücks in Mecklenburg-Vorpommern ein Ende der militärischen Flugvorführungen bei der ILA 2020.

Stefke hält es für unverantwortlich, über den Umfeldgemeinden des Flughafens Schönefeld Formationsflüge von Kampfflugzeugen und Militärjetstaffeln zu genehmigen und dadurch deren Bewohner wie auch ILA-Besuchern einem unkalkulierbaren Katastrophenrisiko auszusetzen. Die Verantwortlichen der ILA wie auch in den zuständigen Genehmigungsbehörden soll-

ten eigentlich noch die Ramstein-Katastrophe von 1988 mit damals 70 Toten im Kopf haben.

*»Der gesunde Menschenverstand, aber erst recht das Unglück vom Montag, bei dem einer der Piloten starb, sollte Anlaß sein, von derartigen Vorführungen endgültig Abstand zu nehmen«* so Matthias Stefke.

2018 nahm die spanische Nationalstaffel »Patrulla Águila« mit einer spektakulären Vorführung eines Formationsfluges, aber auch die Bundeswehr mit 17 Flugzeugen an der ILA teil.

Derartige Programmpunkte dienen aus Stefkes Sicht einzig dem Ziel, eine hohe Besucherzahl zu generieren – um so die hohen Messekosten einzuspielen.

Stefke: Kostendeckung gegen Sicherheit auszuspielen ist ein »No go!«.

## Tiefflieger über Bernau

Lange lange warten schon viele Bernauer auf den Tag, an dem der BER seinen Betrieb aufnimmt, da mit Schließung des TXL\* die Landeanflüge in Sichtweite um unsere Stadt herum gänzlich entfallen werden. Der Barnim spielt dann nur noch eine Rolle für eine gestaffelte 3000 Fuß hohe Umliegung von Berlin für den Landeanflug vom BER. Wir dürfen dann nach geschätzten 50 Jahren nur noch kleine weiße Punkte sehen da oben.

Nach der Planung sollte das schon längst geschehen sein. Doch denkste, wir werden mit jedem Jahr Verspätung mit immer mehr Flügen beglückt, die hier niemand bestellt hat und für die hier auch niemand Geld bekommt. Es ist eine hör- und sichtbar wachsende Belastung für alle Einwohner. Momentan nun, also etwa seit Pfingsten, wird die Bernauer Innenstadt konzentriert von Tegel-Landefliegern akustisch heimgesucht. Abends drehen diese genau über Bernau ihre Kurve von Oberhavel kommend in Richtung Schwanebeck, und erzeugen dabei jeweils, ich habe mal gemessen, 55 bis 65 Dezi-

bel Lärm vom Feinsten. Das geht immer bei Westwind – und der ist die Regel – wochens-ends bis 23 Uhr im Fünf-bis-zehn-Minuten-Takt, in der Woche alle zehn bis 15 Minuten. Und nun, es ist heute Montag, hört das selbst am Tag nicht auf.

Wir sind doch hier nicht in Pankow, oder wie? Wie lange muß man sich sowas eigentlich gefallen lassen? Warum muß Bernau zum Flugvergnügen einiger Weniger die Ohren hinhalten? Ist es hier nicht laut genug? Können diese Linien nicht um die Stadt herumfliegen, wie sie dies ja früher auch taten? Darf das überhaupt die Lotsenfirma, die Deutsche Flugsicherung, einfach so selbstherrlich entscheiden? Was tut die Bernauer Stadtverwaltung in dieser Frage? Will man hier brav warten, bis einer abstürzt? Oder ist etwa angedacht, dies touristisch als Attraktion anzubieten? Ich glaube eher nicht.

THOMAS TOBLER (dieser Text ging auch dem Bürgermeister von Bernau zu)

\* TXL = Kennung für den Flughafen Berlin-Tegel

Vor 75 Jahren:

## Landung in der Normandie

Ich habe eine große Achtung vor dem Mut und der Opferbereitschaft der alliierten Soldaten bei der Landung in der Normandie. Sie leisteten damit einen wichtigen Beitrag zu einem schnelleren Sieg über den Faschismus in Deutschland. Zu Recht werden sie dafür geehrt und niemals vergessen.

Ich bin allerdings gegen einseitige Darstellungen von bestimmten westlichen Politikern und in manchen Medien, nach denen diese Landung kriegsentscheidend für den 2. Welt-

krieg war. Im Juni 1944 konnte niemand mehr einen Zweifel am Ausgang des Krieges haben. Die Kriegsentscheidung hatten im Vorfeld die Völker der Sowjetunion mit vielen Millionen Opfern an Soldaten und Zivilisten erkämpft. Beginnend mit der Wende in Stalingrad Ende 1942/Anfang 1943 hatte die Sowjetarmee auf dem über 2.000 Kilometer langen Weg von Moskau bis Berlin den Sieg erkämpft.

Diese historische Wahrheit sollte auch im gegenwärtigen Verhalten zu Rußland und im Kampf gegen den Neo-Faschismus nicht verschwiegen werden.

Dr. HELMUT KOCH

### Seenotrettung ist kein Verbrechen!

Bundesweite Demos am 6. Juli · Kundgebung am Bahnhof Biesenthal um 19 Uhr · #freecarola



## Mietpreistreiber im gesetzlichen Rahmen

Der Vorstand der Wohnungsgenossenschaft Eberswalde 1893 eG hat mitgeteilt, daß die Genossenschaft mit dem Beitrag »Genossenschaft wird Mietpreistreiber« (BBP 6/2019) öffentlich angegriffen worden sei. Er begründet dies damit, daß dort Mieterhöhungen angeführt wurden, »die gesetzlich nicht möglich sind. Diese und andere Darstellungen und Beurteilungen stellen aus unserer Sicht zumindest den Versuch dar, die Genossenschaft zu schädigen. Die rechtliche Beurteilung hierzu behalten wir uns vor.«

Mit einer »Galerie Fenster«, die aktuell die Ausstellung »Kinderland in Eberswalde« des Comic-Zeichners Mawil zeigt, will die Genossenschaft sich zwei Jahre lang von ihrem aktuell dritten dem Abriß preisgegebenen Wohnblock im Brandenburgischen Viertel »verabschieden«. Eigentlich ist es etwas Gutes, daß nun auch solcherart Kultur im Viertel zu sehen ist – aber der Anlaß ist makaber. Während flächendeckend die Mieten in die Höhe schießen, werden hier 43 Wohnungen, einschließlich einer gut gehenden Zahnarztpraxis, direkt an der Obus-Haltestelle vernichtet werden. *Foto: Jürgen Granzow*

In ihrer Kritik beziehen sich die Genossenschaftsvorstände offensichtlich auf Angaben, die in der gleichen Ausgabe unter der Überschrift »Ausschöpfung der Mietpotentiale« neben dem genannten Artikel veröffentlicht wurden. Hier war unter anderem die Rede davon, daß in der Spreewaldstraße im Brandenburgischen Viertel eine Erhöhung der Nutzungsentgelte um 30 Prozent anstehe.

Tatsächlich wäre eine solche Forderung ungesetzlich. Nach § 558 des Bürgerlichen Gesetzbuches »darf sich die Miete innerhalb von drei Jahren ... nicht um mehr als 20 vom Hundert erhöhen«. An dieser Stelle müssen wir mangelnde Achtsamkeit eingestehen. Wahrscheinlich handelte es sich bei der telefonisch erhaltenen

Information um einen Übermittlungsfehler. Möglicherweise war von einer 30-Euro-Erhöpfung die Rede. Selbstverständlich wollen wir der Genossenschaft nicht unterstellen, daß sie bewußt gegen Gesetze verstößt. Falls dieser Eindruck entstanden sein sollte, bedauern wir das. Die Genossenschaft hat ein Recht auf Gegendarstellung, was sie aber nicht wahrgenommen hat. Wir wollen unseren Fehler hiermit dennoch richtig stellen.

Allerdings ändert sich dadurch nichts an der Folgerung, daß nach der städtischen WHG Wohnungs- und Hausverwaltungsgesellschaft nun auch die Wohnungsgenossenschaft zum Mietpreistreiber wird. Praktische Mietpreistreiber realisiert die Genossenschaft auch mit

den belegbaren Erhöhungen im Bestand um fast 9 und 15 Prozent sowie insbesondere durch die Preissteigerungen für neue Nutzer. Wie dargestellt stiegen hier die Preise innerhalb der letzten zwei Jahre um 24 Prozent, davon allein im letzten Jahr um 19 Prozent. Diese Aussagen haben ihre Grundlage in Erhebungen bei Online-Portalen. In diesen Fällen kann also durchaus von Mietpreistreiberei auf gesetzlicher Grundlage gesprochen werden. Denn die aktuellen Entgelt- und Mieterhöhungen hieven den nächsten Mietspiegel auf ein deutlich höheres Niveau, woraus sich dann wiederum die rechtliche Grundlage für weitere Mietsteigerungen ergibt. *GERD MARKMANN*

(Redakteur der »Barnimer Bürgerpost«)

## Bürgerhaus mit Kita und Jugendclub

In der ersten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung hat der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Oskar Dietterle der Fraktion DIE PARTEI ALTERNATIVE FÜR UMWELT UND NATUR die Abgeordnetenfragestunde dazu genutzt, um aus seiner Sicht als Einwohner der Clara-Zetkin-Siedlung auf die fehlende Infrastruktur in diesem eher dörflichen Stadtteil von Eberswalde hinzuweisen.

Nach der sogenannten Wende verschwanden solche Versorgungs- und Betreuungseinrichtungen wie Schule, Kindergarten, Arzt und Einkaufsladen nach und nach aus der Siedlung. Heute müssen die Siedler für fast alle Besorgungen oder Dienstleistungen ins Auto oder in den Bus steigen. Vor allem letzteres ist wegen der ungünstigen Anbindung mit einem großen Zeitaufwand verbunden.

Darüber hinaus fehle in der Clara-Zetkin-Siedlung ein Ortsteilzentrum. Bezugnehmend auf einen entsprechenden Antrag der CDU in

der vorangegangenen Wahlperiode forderte Oskar Dietterle, daß die Einwohnerinnen und Einwohner bereits im frühen Planungsstadium einbezogen werden sollten, um spätere Enttäuschungen zu vermeiden.

Oskar Dietterle machte darauf aufmerksam, daß mit Blick auf die aktuellen Erweiterungen der Siedlung durch neue Einfamilienstandorte insbesondere Möglichkeiten der Kinderbetreuung und betreute Freizeitmöglichkeiten für Jugendliche geschaffen werden müssen.

Er fragte daher den Bürgermeister, wie viele Kinder und Jugendliche derzeit in der Clara-Zetkin-Siedlung leben und wie die Prognosen der weiteren Entwicklung aussehen.

Der Bürgermeister Friedhelm Boginski wies darauf hin, daß Stadtverordnete und -verwaltung für die gesamte Stadt zuständig seien, versprach aber eine Antwort.

*MIRKO WOLFGGRAMM, Fraktionsvorsitzender  
Die PARTEI Alternative für Umwelt und Natur*

## Gemeinsam mit der FDP

**Panketal (bbp).** Die Wählergruppe »Gemeinsam in Panketal« (GiP) hat mit Dr. SIGRUN PILZ und Dr. IRINA HAYEK zwei der 29 Mandate in der Gemeindevertretung Panketal errungen. Künftig werden sie gemeinsam mit dem einen FDP-Abgeordneten Thimo Harenkamp eine Fraktion bilden.

»Dank der Schnittmengen in unseren Programmen und Überzeugungen«, meint die neue Fraktion, daß dies »eine gute Lösung ist und wir gemeinsam bestmögliche Ergebnisse erzielen werden«. Sie wollen unverzüglich die Arbeit aufnehmen »und versuchen, im Interesse der Bürgerinnen und Bürger unserer Gemeinde eine Politik der Vernunft, der sachlichen Zusammenarbeit und der Kooperation mit allen demokratischen Kräften zu gestalten«.

Dabei appelliert die Fraktion an das Engagement der Panketalerinnen und Panketaler, deren Fragen, Wünsche und Hinweise »unser Handeln bestimmen und lenken sollen«.

## Fraktionsbildungen

**Eberswalde (bbp).** Alle zwölf Wahlträger, die zur Wahl der Eberswalder Stadtverordnetenversammlung (StVV) am 26. Mai angetreten waren, haben mindestens ein Mandat errungen (BBP 6/2019). Von den acht fast gleichstarken Wahlträgern mit 3 bis 5 Mandaten haben sich zwei, die SPD und die Bürger für Eberswalde (BfE), zu einer gemeinsamen Fraktion zusammengeschlossen.

Mit acht Stadtverordneten bildet diese Fraktion nunmehr die stärkste Kraft im Stadtparlament. Ihren Kandidaten für den Vorsitz der Stadtverordnetenversammlung, den früheren, 1995 abgewählten ersten Nachwendebürgermeister Dr. HANS MAI, konnte die Bürger-SPD allerdings nicht durchbringen. Dr. Mai unterlag dem jungen und dynamischen Kandidaten der FDP, MARTIN HOECK mit 18 zu 19 Stimmen. Wie Dr. Mai die 1995er Abwahl in seiner Vorstellungsrede verschwieg, hielt es auch sein Gegenkandidat nicht als notwendig, die Stadtverordneten über seine »Jugendsünden« zu informieren, die 2004 in seiner Landtagskandidatur für die weit rechts stehende Partei DVU gipfelten. Hoeck stellte sich vielmehr als parteiunabhängiger Kandidat dar und distanzierte sich als solcher auch vom Bürgermeister, der das gleiche Parteibuch in der Tasche trägt.

Die FDP, auf deren Liste 3 Stadtverordnete gewählt wurden, wird im übrigen künftig durch FRANK BANASKIEWICZ von der Bürgerfraktion Barnim verstärkt werden.

Zusammengeschlossen haben sich auch die beiden Mandatsträger der Listenvereinigung DIE PARTEI ALTERNATIVE LISTE EBERSWALDE und der Wählergruppe »Für Umwelt und Natur – Gegen B167neu!«, die als Teil der Listenvereinigung »Brandenburger Vereinigten Bürgerbewegungen/Freie Wähler (BVB/FREIE WÄHLER)« zur Wahl angetreten war. Ihre gemeinsame Fraktion firmiert unter dem Namen DIE PARTEI ALTERNATIVE FÜR UMWELT UND NATUR.

Der Einzelbewerber Zinn machte indes aus der Not, daß er nirgendwo unterkam, eine Tugend. Er bleibe ganz bewußt fraktionslos und damit unabhängig.

Insgesamt gibt es in der Eberswalder StVV acht Fraktionen, darunter eine mit 8, zwei mit je 5, drei mit 4, eine mit 3 sowie eine Fraktion mit 2 Mitgliedern. Hinzu kommt ein fraktionsloser Stadtverordneter.

Durch die Regelung, die Zahl der Sitze in den Ausschüssen auf 12 zu erhöhen (Rechnungsprüfungsausschuß auf 9), wird künftig jede Fraktion mit mindestens einem Vertreter in allen Ausschüssen vertreten sein.

Nach der Fraktionsbildung soll auch die kommunalpolitische Bildung der neuen Stadtverordneten nicht zu kurz kommen. Bürgermeister Friedhelm Boginski informierte zur konstituierenden Sitzung am 20. Juni darüber, daß seitens der Stadtverwaltung am 8. August eine Schulung zur Kommunalverfassung angeboten werde.

Bürgerbegehren Heegermühler Straße:

## Bürgerentscheid am 1. September?

**Eberswalde (bbp).** Nach dem Ablehnungsbescheid des Barnimer Landrates zum »Bürgerbegehren zur Wiederherstellung der Verkehrsführung in der Heegermühler Straße« hatte die BÜRGERINITIATIVE RADWEGE IN EBERSWALDE im März 2019 Klage beim Verwaltungsgericht Frankfurt (Oder) eingereicht. Ende April hatte es die Kreisverwaltung geschafft, eine Stellungnahme abzugeben. Damit begann der Austausch von Schriftsätzen. Zuletzt insistierte der Landrat, daß die Fragestellung des Bürgerbegehrens zwei unterschiedliche Forderungen enthalte: Einmal die Rückabwicklung der Maßnahme B07 des Radnutzungskonzeptes und zum zweiten »die Wiederherstellung des vorherigen Zustandes mit zwei Fahrspuren je Richtung einschließlich Freigabe der Gehwege für die Radnutzung«. Letzteres sei »dahingehend auszulegen, daß das Bürgerbegehren auf die Herbeiführung einer konkreten Verkehrsführung gerichtet ist«. Eine solche konkrete Verkehrsführung werde aber nicht durch Änderung des Radnutzungskonzeptes herbeigeführt, »vielmehr bedarf es einer verkehrsrechtlichen Anordnung, die aber keine gemeindeeigene, sondern eine staatliche Angelegenheit darstellt und einem Bürgerbegehren bzw. Bürgerentscheid nicht zugänglich ist«. Der unteren Straßenverkehrsbehörde könnten keine politischen Vorgaben gemacht werden, die von ihr lediglich umzusetzen sind. Sie entscheide vielmehr in eigener Verantwortung.

Die Bürgerinitiative widersprach inzwischen der »phantasievoll ausgeschmückten

Auslegung der Fragestellung« durch den Landrat. Tatsächlich beinhalte der zweite Teil der Frage lediglich die nähere Erklärung, »was die Rückabwicklung der Maßnahme B07 in der Realität bedeuten würde«. Diese Redundanz war notwendig, weil die bloße Nennung der »Maßnahme B07« für die Bürgerinnen und Bürger, an die die Frage gerichtet ist, weitgehend unverständlich geblieben wäre.

»Im Umkehrschluß«, so die Bürgerinitiative weiter, »hätte der Beklagte in seiner Funktion als untere Kommunalaufsicht auch das Radnutzungskonzept von 2015 beanstanden müssen. Beispielsweise enthält die dort vorgeschlagene Maßnahme B07 sehr konkrete Formulierungen zur Verkehrsführung, die nicht allein durch das Radnutzungskonzept herbeigeführt werden konnte. Vielmehr bedurfte es zur Umsetzung der Maßnahme B07 einer verkehrsrechtlichen Anordnung, die seitens der Stadt Eberswalde als untere Verkehrsbehörde realisiert wurde.«

Das Radnutzungskonzept von 2015 habe der Landrat nicht beanstandet. Insofern sei es »unredlich, wenn er nun einen Bürgerentscheid, der die Rückgängigmachung einer einzelnen Maßnahme dieses Radnutzungskonzeptes verlangt, als unzulässig darstellt«.

Falls nun der Austausch von Schriftsätzen abgeschlossen ist, wäre zumindest theoretisch noch eine gerichtliche Entscheidung rechtzeitig vor der am 1. September stattfindenden Landtagswahl möglich. Andernfalls müßte im Erfolgsfall der Klage ein separater Abstimmungstermin für den Bürgerentscheid festgelegt werden.

## Gerichtskarussell muß ein Ende finden

BVB/Freie Wähler fordern Entschädigung durch einen Landesabwasserfonds

Mit Unverständnis haben wir die Entscheidung des Bundesgerichtshofs vom 27. Juni in Sachen Altanschließer zur Kenntnis genommen. In dieser vermeidet der BGH eine Entscheidung über Fragen der Staatshaftung, indem er vom Beschluß des Bundesverfassungsgerichts abweicht.

Wir weisen darauf hin, daß die Rechtswidrigkeit der Bescheide durch den Beschluß des Bundesverfassungsgerichts seit November 2015 nebst weiteren, bekräftigenden Beschlüssen in den Folgejahren feststeht. Diese haben Bindungswirkung für alle Gerichte.

Offenbar kann auch in diesem und anderen Parallelprozessen der verfassungsrechtlich verbürgte Vertrauensschutz nur am Bundesverfassungsgericht durchgesetzt werden.

Zugleich hat der BGH den Fall an das Oberlandesgericht zurückverwiesen, um zu klären, inwiefern Maßnahmen vor der Wiedervereinigung eingerechnet worden sind. Damit drohen

weitere Jahre der gerichtlichen Auseinandersetzung.

BVB/Freie Wähler sprechen sich für ein Ende des Gerichtskarussells aus. Wir sind zwar überzeugt, beim Bundesverfassungsgericht auch für diese Fallgruppe Recht zu bekommen, aber es braucht jetzt eine politische Lösung.

Daher werden wir als eine der ersten Maßnahmen nach der Landtagswahl die Auflegung eines Landesabwasserfonds beantragen, aus welchem – gestreckt über 5 Jahre – eine Rückzahlung aller Beiträge bewirkt werden soll. Hierdurch sollen auch Gerichtskosten in Millionenhöhe, die Anwohner und Verbände belasten, endlich gebremst werden. Die Verwaltung des Fonds soll einem Abwasserbeirat aus Kunden, Zweckverbänden und Justizministerium (nicht Innenministerium) übertragen werden. Es braucht dringend eine soziale Befriedung in dieser Angelegenheit.

PÉTER VIDA

## Wahlwerbung auf dem Stadtteilstfest?

**Eberswalde (bbp).** Noch vor der Kommunalwahl am 26. Mai hatte die damalige Fraktion »Bürger für Eberswalde« eine Anfrage für die konstituierende Sitzung der neuen Stadtverordnetenversammlung gestellt. Darin ging es um städtische Förderungen für den Stadtteilverein Finow. Dies stellte die anfragende Fraktion in einen Zusammenhang zu »nachweislicher« Nutzung von Vereinsveranstaltungen sowie des Vereinsgeländes »für aktive Wahlwerbung und Wahlkampfveranstaltungen einzelner Gruppierungen bzw. Kandidaten«. Der Vorstand des Stadtteilvereins sah sich zu folgender Stellungnahme veranlaßt:

*Der Stadtteilverein Finow, der im Jahr 2015 gegründet wurde, hat sich zur Aufgabe gemacht, den gesellschaftlichen Zusammenhalt in Finow zu fördern. So haben wir regelmäßig kulturelle Veranstaltungen, wie das Frühlings- und Sommerfest, den Weihnachtsmarkt und ein Oktoberfest in unserem Stadtteil organisiert und durchgeführt. Der Verein ist seit seiner Gründung als gemeinnützig anerkannt und steht allen Bürgern, die sich dem Vereinszweck verbunden fühlen, offen. Er ist nicht politisch gebunden und es besteht daher auch kein Grund, den Verein nicht zu fördern. In diesem Zusammenhang muß erwähnt werden, daß fast die gesamten Einnahmen bisher aus privaten Spenden und Mitgliedsbeiträgen an den Verein bestanden haben. Fördermaßnahmen seitens der Stadt Eberswalde erhält der Verein in diesem Jahr nur für das Sommerfest am 13.07.2019. Aber auch das sollte hinlänglich bekannt sein und erübrigt in diesem Fall eigentlich jeglicher Nachfrage, da die Förderung durch alle Fraktionen per Abstimmung entschieden wurde.*

*Wir müssen uns also die Frage stellen, wie hat die fragstellende Fraktion in der letzten Legislaturperiode gearbeitet, wenn diese doch selbst über Fördermaßnahmen seitens der Stadt mitentschieden hat. Alle anderen Veranstaltungen in diesem Jahr, werden durch Sponsoren oder externe Veranstalter finanziert und bedürfen hier keiner weiteren Stellungnahme.*

## »Untätigkeit führt zu Frust«

*BVB/Freie Wähler Biesenthal fordern stündlichen Halt des RE3 in Biesenthal*

Wir erneuern unsere Forderung nach einem stündlichen Halt des RE 3 auch in Biesenthal. Dabei braucht es – im Gegensatz zu den inhaltsleeren Versprechen anderer – einer Verankerung im Landesnahverkehrsplan.

Die Verkehrsanbindung im Speckgürtel von Berlin ist besonders wichtig, da täglich tausende Pendler auf Arbeit in die Hauptstadt fahren.

Wer als Biesenthaler morgens mit der Bahn nach Berlin fahren möchte, entscheidet sich in der Regel zwischen zwei Zügen. Mit dem RB 24 benötigt man ca. eine Stunde zum Berliner Hauptbahnhof, da man noch in die S-Bahn umsteigen muß. Der RE 3 hingegen bietet eine halbstündige Direktverbindung zum Hauptbahnhof. Allerdings bietet die Bahn keinen stündlichen Halt zu den relevanten Stoßzeiten in Biesenthal. Deswegen fahren immer mehr Biesenthaler morgens mit dem Auto nach Bernau, um von dort aus mit dem RE 3 möglichst

*Weiter bedauern wir es sehr, daß unsere Stadtverwaltung und unser Bürgermeister nun mit zusätzlichem Aufwand belastet waren, um eine aus unserer Sicht unnötige Aufschlüsselung darzulegen.*

*Abschließend erlauben wir uns im Sinne aller Vereine, die sich ehrenamtlich und unentgeltlich in ihrer Freizeit dem Gemeinwohl widmen, die Frage zu stellen: Worauf will die fragstellende Fraktion hinaus?*

*Sollen etwa alle Förderungen an Vereine geprüft und durchleuchtet werden? Wird hier die Gemeinnützigkeit grundsätzlich in Frage gestellt und wird hier zukünftig die Vereinsarbeit nicht mehr in dem Maße anerkannt und geschätzt, wie sie es doch eigentlich verdient hat?*

Die Antwort der Verwaltung auf die erste Anfrage in der neuen Wahlperiode (die eigentlich die vorletzte der alten war) kann auf der Internetseite der Stadt unter Sitzungsdienst abgerufen werden. Dort wird festgestellt, daß »nach jetzigem Erkenntnisstand ... die besagten Veranstaltungen weder ausschließlich noch überwiegend für parteipolitische Zwecke genutzt« wurden. Die bestehende Kulturförderrichtlinie könne seitens der politischen Gremien aber durchaus eindeutiger formuliert werden, »im Sinne eines ausdrücklichen Verbots der Verfolgung von politischen Zielen oder einer jedweden parteipolitischen Präsentation bzw. der (Wahl)Werbung von Parteien oder Initiativen«.

schnell ihr Ziel in Berlin zu erreichen. Dies verschärft zugleich die Parkplatzsituation in der Hussitenstadt.

Für uns als BVB/Freie Wähler ist das ein zumutbarer Zustand, der dringend geändert werden sollte. Vor allem erinnern wir daran, daß die SPD-Barnim genau dies vor fünf Jahren versprochen und trotz Regierungsbeteiligung und Leitung der Kreisverwaltung nicht gehalten hat. Ein zusätzlicher Halt kostet das Land in etwa 5 (fünf) Euro.

Angesichts des in den letzten Jahren eingesetzten Bevölkerungswachstums entlang der RE3-Achse ist die Wiedereinführung eines regelmäßigen Halts auch angemessen.

**DETLEF KLIX und CLEMENS HERRMANN**

RE = Regionalexpreß (hält nur in größeren Orten), RB = Regionalbahn (hält an fast allen Bahnhöfen und Haltepunkten)

## Stadtparkgewässer reinigen

Die Stadtfraktion von BVB/Freie Wähler in Bernau wirbt erneut und mit Nachdruck für eine grundlegende Reinigung der Gewässer im Stadtpark. Wie schon in den vergangenen Jahren deutlich gemacht, braucht es eine Entfernung der abgelagerten Biomasse.

Insbesondere die Gräben der Wallanlagen sind noch immer mit Tonnen an Laub aus dem letzten Herbst gefüllt. Es zersetzt sich langsam im Wasser, dabei werden die gespeicherten Stoffe wie etwa Nitrate und Phosphate freigesetzt. Bei jedem Regen werden diese dann aus dem Graben in den Ententeich (Schwanenteich – Foto) und teilweise in den Elysiumteich gespült.

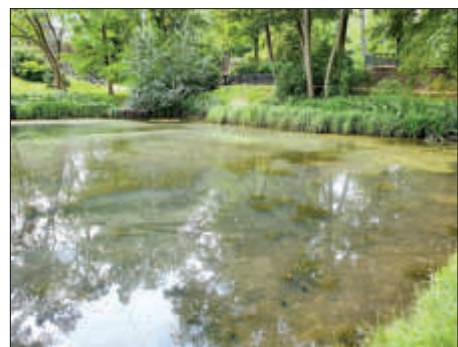


Foto: BVB/FREIE WÄHLER

Da die Teiche keinen regulären Zu- und Abfluss haben, sondern nur einen Überlauf, sammeln sich die Nährstoffe im Wasser der Teiche. Steigen die Temperaturen, kommt es zur Algenblüte und zum Umkippen des Gewässers. Dies passierte in den vergangenen Jahren bereits mehrfach und beginnt auch in diesem Jahr erneut. Dies sieht nicht nur unschön aus und führt zu einer erheblichen Geruchsbelästigung, sondern zerstört auch regelmäßig das Ökosystem im Teich.

Sowohl aus ökologischen als auch touristischen Gründen ist Abhilfe dringend geboten. Daher plädiert die Stadtfraktion von BVB/Freie Wähler für das Ergreifen zeitnaher Maßnahmen, den Nährstoffzufluss der Teiche zu reduzieren.

**THOMAS STRESE**

*Fraktionsvorsitzender BVB/Freie Wähler Bernau*

## Selbsthilfegruppe

**Eberswalde (bbp).** Die Drogenberatungsstelle EXPERIENCE in der Gubener Straße im Brandenburger Viertel ist derzeit dabei, eine Selbsthilfegruppe zu gründen für abhängige Menschen, die Probleme mit Drogen und Alkohol haben. Weitere Informationen dazu gibt es in der Beratungsstelle: beratungsstelle-experience@web.de, Tel. 03334-383052; Fax: 03334-384544.

Öffnungszeiten der Drogenberatungsstelle Experience in der Gubener Straße 29 in 16227 Eberswalde: Montags: 10 -15 Uhr | Dienstags: 10 -18 Uhr | Mittwochs: 12 -15 Uhr

## Hartnäckigkeit zahlt sich aus

Ein langer Weg von BVB/Freie Wähler im Einsatz für mehr Abgabengerechtigkeit endete schließlich im Landtag mit einem großen Erfolg. Das Landesparlament hat ohne Gegenstimmen den Antrag zur Abschaffung der Straßenausbaubeiträge rechtsverbindlich beschlossen.

Damit sind die Straßenausbaubeiträge endgültig und zwar rückwirkend zum 1. Januar 2019 auch in Brandenburg abgeschafft. Dieses Ergebnis ist ein erfreulicher Schlußpunkt unseres Bemühens. Nach jahrelangem Kampf in den Kommunen und im Landtag für mehr Mitbestimmung und Kostenkontrolle zahlt sich die Hartnäckigkeit aus.

BVB/Freie Wähler haben in der Sache nie lockergelassen. Die Volksinitiative »Straßenausbaubeiträge abschaffen!« hat mit über 100.000 Unterschriften den Willen der Bürger ins Parlament getragen. Straßen sind Teil der Daseinsvorsorge und müssen daher auch von der Allgemeinheit finanziert werden. Mit diesem Beschluß wird ein großes Stück mehr sozialer Frieden in den Kommunen geschaffen.

Zwar wurde unser Änderungsantrag, die Abschaffung bereits bis 1. Januar 2018 rückwirken zu lassen, abgelehnt, doch ändert dies nichts am Gesamtergebnis, das zeigt, daß man auch als Bürgerbewegung und Opposition etwas ändern und umsetzen kann.

PÉTER VIDA

## Lebensmittelverschwendung

Spenden statt wegwerfen

**Potsdam (bbp).** Die Wählervereinigung BVB/Freie Wähler hat einen weiteren Vorstoß zur Bekämpfung der Lebensmittelverschwendung unternommen. Ein im Juni in den Landtag Brandenburg eingebrachter Antrag sieht vor, daß Unternehmen verpflichtet werden sollen, unverkäufliche, aber noch genießbare Lebensmittel kostenlos wohltätigen Organisationen anzubieten. Das Land soll hierzu eine Bundesratsinitiative starten.

Anstelle des Containers soll eine Lösung gefunden werden, die allen Beteiligten Rechtssicherheit gibt. Auf diesem Wege kann die unsägliche Verschwendung von Lebensmitteln eingedämmt, die Ressourceneffizienz erhöht und die Umweltbelastung reduziert werden, begründet der Einreicher Péter Vida den Vorstoß. Dabei sei darauf zu achten, daß den Unternehmen durch die Spenden keine steuerlichen Nachteile entstehen.

Vida weist darauf hin, daß es in einigen europäischen Ländern bereits derartige Regelungen bestehen bzw. gefördert werden. Es wäre möglich, das Anbieten unkompliziert über eine bundesweite Webseite zu lösen, mittels derer Händler und Supermärkte ihre unverkäuflichen Lebensmittel wohltätigen Organisationen darbieten müssen. Nur wenn sich kurzfristig kein Abnehmer findet, dürften die Lebensmittel entsorgt werden.

## Neue Chronik von SOS Rassismus Barnim:

### Von »nur unfreundlich« bis mörderisch

Besorgniserregende Zunahme rassistischer Anfeindungen im Barnim

Seit 2015 dokumentieren Aktive des Afrikanischen Kulturvereins Palanca e.V., der Barnimer Kampagne »Light me Amadeu« sowie der Vernetzung Barnimer Willkommensinitiativen rechtsextreme und rassistische Vorfälle im Landkreis Barnim. »Wir sind uns bewußt, daß wir nur einen Teil des Phänomens abbilden können, die meisten Vorfälle werden uns nicht bekannt. Dennoch trägt unsere Recherche dazu bei, den Beschwichtigungen und Abwiegungen des Problems etwas entgegen zu setzen«, so Augusto Jone Munjunga, Vorsitzender von Palanca e.V.

Seit dem 12. Juni ist die Chronik von SOS Rassismus Barnim für das Jahr 2018 online. Sie ist thematisch geordnet nach »Verbale und phy-

sische Gewalt – von Beleidigung bis Mordversuch«, »Mikroaggressionen – ausgrenzende Bot-schaften« und »Rechte Propaganda und Sachbeschädigungen«.

Außerdem finden sich darin als Nachtrag zu-sätzliche Informationen aus dem Verfassungsschutzbericht 2017, die den Barnim betreffen.

Die Chronik findet sich im Internet unter <http://sosrassismusbarnim.blogspot.de/images/sosrassismusbarnimchronik2018.pdf>

DIETER GADISCHKE

eMail-Kontakt: [sosrassismusbarnim@posteo.de](mailto:sosrassismusbarnim@posteo.de)  
Sprechstunde von SOS Rassismus Barnim: Jeden er-  
sten Donnerstag im Monat, 17 – 18 Uhr bei Palanca  
e.V., Coppistraße 1, 16227 Eberswalde, Tel.  
03334/3822563 (mit Anrufbeantworter).

## Ein kühnes Wahlversprechen

Leserbrief zu: »Zwei Bäume für einen« in BBP 6/2019, Seite 5

Manchmal hat BVB/Freie Wähler Wunschvorstellungen, wo sich sachkundige Bürger mit Baumeigentum fragen, wie das bei Bauvorhaben in Bernau konkret erfolgen soll. Um der »zunehmenden Versiegelung und Vegetationszerstörung entgegenzutreten«, sollen zwei neue Bäume gesetzt werden, wenn einer gefällt wird. Auf solch eine Idee können nur Bürger kommen, die keine Bäume und damit noch nie Probleme mit den Schutzvorschriften hatten.

Bernau baut und baut, die Einwohnerzahl steigt und das Verkehrschaos wird immer größer. In Bernau ist die Baumschutzverordnung des Kreises bindend. Das heißt, der Kreis bestimmt beim Bau, was gefällt werden darf und wie viele Bäume wo neu gepflanzt werden müssen. Eines geht nur, Bebauung oder Grünflächen. Bäume im Haus hat wohl niemand. Wo sollten zum Beispiel in einer eng bebauten Stadt 20 neue Bäume angepflanzt werden, wenn zehn für den Wohnungsbau fallen und keine freien Flächen zur Verfügung stehen? Sollen die Bernauer Baumflächen im Park dichter oder die Pkw-Parkplätze der Innenhöfe der Häuser mit Bäumen bestückt werden? Sollen Bäume neben den Verkehrsflächen den Fahrzeugverkehr stärker einengen?

Schon seit Jahren werden beim Bau auf Grundstücken, wo Bäume fallen müssen – je nach Baumumfang die Anpflanzung von einem

oder mehrerer Ersatzbäume anderweitig oder eine Bezahlung dieser an die Verwaltungen gefordert. Wer eine doppelte Baumanpflanzung in Erwägung zieht hat sich wohl kaum damit beschäftigt, daß Soll-Nachpflanzungen in allen Baumschutzsatzungen von Anfang an unter Schutz stehen und erneuert werden müssen, wenn sie nicht anwachsen? Folglich werden Nachpflanzungen meistens bezahlt, um sich die eigene Bewirtschaftung auf seinem Grund und Bodens zu erhalten, statt später mit Baumschutzsatzungen und einer Bevormundung konfrontiert zu werden. Eingenommene Gelder für Ersatzbäume werden für die Neuanpflanzung oder Pflege von kommunalen Bäumen zur Verfügung gestellt und schon hier ist im waldreichen Barnim oft die Frage, wohin pflanzen?

Wer in Bernau mehr Baumbestand wünscht muß Häuser abreißen und höher bauen, Parkhäuser bauen und rundherum Bäume pflanzen, wo heute weitflächig Fahrzeuge parken oder zum Beispiel bestellte Felder in Wald umwandeln. Der Aufwand für die Kontrolle von Neuanpflanzungen ist hoch, erfordert viel Personal und war wohl noch nie gegeben. Das Wahlversprechen ist deshalb kühn, aber unüberlegt und nicht machbar, weil Bernau für Flächen mit Baumbestand Baugenehmigungen erteilt hat, erteilt oder erteilen muß. Wie gern würden Grundstücksbesitzer Bäume anpflanzen, wenn sie darüber selbst bestimmen könnten und diese nicht ab 60 cm Umfang unter Schutz gestellt werden. Bei den heutigen Baumschutzsatzungen müssen also die jungen Bäume rechtzeitig gefällt werden, um die unter Schutz gestellten – späteren »Denkmäler« – nicht teuer bezahlen zu müssen. Vielleicht hilft der Beitrag, sich in die Lage der Baumbesitzer – ob privat oder kommunal – hineinzusetzen und die Sachlage in der Abgeordnetentätigkeit neu zu bewerten.

## Frieden schaffen ohne Waffen

Die Friedenskämpfer sind vollbewaffnet. Sie tragen ihre Waffen im Kopf und sind bestrebt, diese an alle friedliebende Menschen weiter zu geben. Manche müssen ihren Kopf erst ausmisten. Dann werden sie sich über die neue Waffen gegen Kriegshetze und Kriegstreiber freuen. Nehmt diese Chance an, die uns eine friedliche Zukunft ermöglichen wird.

ELISABETH MONSIG, die rote Oma

Dr. MARLINDE MIßLITZ

RECHT AUF STADT Aktionswoche:

## Das ist unsere Stadt

**Eberswalde (bbp). Seit Montag, dem 1. Juli, läuft die aktuelle Aktionswoche der Initiative »Recht auf Stadt – Für ein solidarisches Eberswalde!«. Es wurde ein großes und sehr abwechslungsreiches Programm vorbereitet. Vom Palettenmöbel-Bauworkshop bis zum Kinoabend, vom Kinderschminken bis zur Enteignungsdebatte (mit Deutsche Wohnen und Co. enteignen) ist alles dabei, wie die Initiatoren vorab ankündigten.**



Eine entspannte Atmosphäre herrschte am 6. April zur Demo gegen Mietenswahn und Wohnungsnot in Eberswalde. Es beteiligten sich sehr viele junge Menschen, die mit originellen Forderungen auf ihren selbstgemalten Plakaten auf die Misere aufmerksam machten, die nun auch mehr und mehr die Barnimer Kreistadt heimsucht.

FOTO: GERD MARKMANN

Die Aktionen starteten am Montag mit einer Radtour unter dem Motto »Die Stadt ist dein Garten« zu Orten in Eberswalde, wo man wild wachsende Früchte, Beeren und Kräuter sammeln und ernten kann. Parallel dazu gab es einen Austausch über das »Mundräubern« verbunden mit Informationen über die Wildpflanzenkunde. Der Ausflug endete in gemütlicher Runde im »Schöpfwerk« in Westend (Schöpfer Str. 5) bei Limo & Stüllchen.

Für den Abend hatte das »Bürgerasyl Barnim« eingeladen, ebenfalls ins »Schöpfwerk«. Die bundesweite Initiative möchte abschiebebedrohten Menschen Schutz gewähren sowie Bürgerinnen und Bürger in die Lage versetzen, eine Gesellschaft mitzugestalten, in der alle Menschen willkommen sind. Engagierte aus dem Barnim berichteten über ihre Arbeit und zeigten Perspektiven für ein gemeinsames Handeln auf.

Am Dienstag, dem 2. Juli, steht ab 12 Uhr »Müllsammeln for Future« auf dem Programm. Treffpunkt ist in der Eichwerder Straße 69/70. Es gibt Informationen zu Recycling und alternativer Entsorgung. Aktive von Fridays for Future Barnim sind mit dabei. Um 19 Uhr lautet das Thema im Lokal »Zur Haltestelle« in der Ruhlaer Straße 19 »Deutsche Wohnen & Co. enteignen«. Die Initiative DEUTSCHE WOHNEN & CO. ENTEIGNEN hat Erstaunliches erreicht: Innerhalb weniger Monate sammelte sie fast 80.000 Unterschriften für das angestrebte Volksbegehren und auf einmal wird in diesem Land ernsthaft über Enteignungen als politisches Mittel gesprochen. »Recht auf Eberswalde« möchte mit einem Vertreter der Initiative ins Gespräch kommen – was sind ihre Argumente für die Enteignung? Welche Wohnungspolitik fordern die Aktivistinnen und Aktivisten? Was kann Eberswalde von Berlin lernen?

Am Mittwoch (3. Juli) lädt Jan Lindenberg um 18 Uhr in den Garten der Danckelmann-

straße 1 ein. Er hält einen Vortrag zu Kunst und Aktivismus-Projekten, Installationen & Initiativen im öffentlichen Raum.

Am Donnerstag (4. Juli) startet um 17.30 Uhr unter der Bezeichnung »Critical Mass« auf dem Marktplatz Eberswalde ein »Gemeinsames Radeln zur Theaterzentrale«. Die »Theaterzentrale« ist der neue Spielort des Eberswalder Kanaltheaters in der Fritz-Weineck-Straße 10 (ehemalige Stadtteilbibliothek Finow). Dort gibt es um 19 Uhr den Film »Das Gegenteil von Grau« zu sehen.

Brachflächen, Leerstand, Anonymität, Stillstand – nicht alle zwischen Dortmund und Duisburg wollen sich damit abfinden. Im Gegenteil. Immer mehr Menschen entdecken Möglichkeiten und greifen in den städtischen Alltag ein. Ein Wohnzimmer mitten auf der Straße, Nachbarschaft, Gemeinschaftsgärten. Stadteilläden, Repair Cafés und Mieterinitiativen entstehen in den Nischen der Städte – unabhängig, selbstbestimmt und gemeinsam. Das Gegenteil von Grau – ein Dokumentarfilm von Matthias Coers und RECHT AUF STADT RUHR – zeigt unterschiedliche Gruppen, die praktische Utopien und Freiräume leben und für ein solidarisches und ökologisches Miteinander im urbanen Raum kämpfen.

Am Freitag, dem 5. Juli, gibt es schließlich um 15 Uhr in der Eichwerder Straße 69/70 einen Palettenmöbel-Bauworkshop, dem um 21 Uhr ein Kurzfilm Spaziergang »Screenings zum Thema Recht auf Stadt« folgt. Treffpunkt dafür ist an der Brücke am Weidendamm (Ammonpark).

Die Aktionswoche von »Recht auf Stadt – Für ein solidarisches Eberswalde!« klingt am Sonntag, den 7. Juli, mit einem Picknick auf der Friedrich-Ebert-Wiese aus. Beginn ist ab 11 Uhr. Auf dem Programm stehen: Mitbringbrunch, Kinderschminken, Seedbombs, Fair Café & Stadtpolitisches Wohnzimmer...

## Investorenträume platzen

Als Ziel der Bebauung der Friedrich-Ebert-Straße Süd wird die »Stärkung des zentralen Versorgungsbereiches Stadtmitte und der Friedrich-Ebert-Straße als Einkaufsstraße sowie die Stärkung des Wohnstandortes Stadtmitte« angeführt.

Wer eine solche Stärkung in einer reinen städtebaulichen Verdichtung sucht, hat wenig davon verstanden, was es braucht, um die menschlichen Freuden, um deren Stärkung es in der Politik eigentlich gehen sollte, zu steigern.

Überdies ist der Versuch, eine Shopping-Meile im Stadtzentrum zu kreieren, weder zeitgemäß noch berücksichtigt er die derzeitigen Verhältnisse im Zeitalter von Online-Shopping und leerstehenden Ladenflächen in ganz Eberswalde wie in der Rathauspassage und der Michaelisstraße.

Hieß es nach dem Bekanntwerden der ersten Bebauungspläne noch von Seiten des Rathauses: »Entschieden ist noch gar nichts...«, bestätigten später alle dort anwesenden Wahlkandidaten beim Wahlforum der LOKALEN AGENDA 21 im Mai, daß die Bebauung durch den vorhandenen Investor in jedem Falle komme. Hinzu kommt nun noch die Information aus dem Rathaus, daß man sich momentan im Bebauungsplanverfahren befinde, bei dem eigentlich nach Baugesetzbuch die Einbringungen von Meinungen und Anregungen der Bürgerinnen und Bürger vorgesehen sind.

Das Interesse des Investors sei es wohl auch, bestätigte abermals das Rathaus, die komplette Fläche zu bebauen, wofür er für das innenstädtische Mikroklima so wichtige Baumbestand bis auf eine Linde weichen müßte.

Auch mit einer – bei weitem nicht gleichwertigen – Fassadenbegrünung steht dies dem »Integriertem Energie- und Klimaschutzkonzept« der Stadt sowie dem Selbstverständnis der anliegenden und stadtpträgenden Hochschule, aber vor allem auch den Ansprüchen und Zielen einer immer breiter und selbstbewußter werdenden klimapolitischen Stadtbewegung widersprüchlich gegenüber.

Deshalb bitte ich Sie, lassen Sie den Beschluß zur Bebauung der Friedrich-Ebert-Straße Süd, den die alte Stadtverordnetenversammlung beschlossen hat, ruhen. Initiieren Sie einen ergebnisoffenen und breiten demokratischen Prozeß in der Stadt zum Umgang mit der noch unbebauten Grünfläche.

Seien Sie mutig, stehen Sie für eine progressive und emanzipatorische Stadtpolitik, die die Zeichen der Zeit erkennt und sich für eine zukunftsfähige Gesellschaft einsetzt. Sie können es sich leisten, Investorenträume platzen zu lassen. Eine Jugend, die gerade erst damit anfängt, sich ihre Rechte einzufordern, wird es Ihnen nicht verübeln.

FLORIAN HÜBNER

Dieser Beitrag basiert auf einer Wortmeldung zur Einwohnerfragestunde der StV Eberswalde am 20. Juni

## Genossenschaft wählte Aufsichtsrat: **Wahleinspruch abgewiesen**

**Eberswalde (bbp).** Zu ihrer Vertreterversammlung am 12. Juni wählten die Mitgliedervertreter der seit 1. Januar unter dem Namen 1893 eG firmierenden Eberswalder Wohnungsgenossenschaft unter anderem auch zwei neue Aufsichtsratsmitglieder. Neben dem Steuerberater LUTZ GRAUPNER, der bereits seit 2016 dem Aufsichtsrat angehört, wurde MARTIN HOECK neu in das Gremium gewählt. Er folgte dem Langzeit-Aufsichtsrat HORST VON MIRBACH, der altersbedingt nicht mehr zur Wahl stand.

Hoeck, den die Eberswalder Stadtverordneten eine Woche später zu ihrem Vorsitzenden kürten, hatte sich erst auf heftiges Drängen des Aufsichtsratsvorsitzenden JÜRGEN FAUST mitten im laufenden Wahlprocedere zur Kandidatur bereit erklärt. Mit diesem und anderen Verstößen gegen die Genossenschaftssatzung wollte der Aufsichtsratsvorsitzende erklärtermaßen die Wahl des ihm nicht genehmen Bewerbers GERD MARKMANN verhindern.

Ein Wahleinspruch wurde mittlerweile vom Genossenschaftsvorstand mit Verweis auf laut Genossenschaftsgesetz dafür notwendige Formalien, die nicht erfüllt seien, abgewiesen.

## Wohnungsgenossenschaft 1893 eG: **Abrißdiskussion verhindert**

**Eberswalde (bbp).** Der Aufsichtsratsvorsitzende der Wohnungsgenossenschaft Eberswalde 1893 eG JÜRGEN FAUST hat es auf der Vertreterversammlung, die am 12. Juni im Tourismuszentrum im Eberswalder Familiengarten zusammenkam, abgelehnt, einen Antrag eines Vertreters auf die Tagesordnung zu setzen, in dem es darum ging, »daß künftig kein Abriß von Wohngebäuden mehr erfolgt«. In der Sachverhaltsdarstellung wurde darauf verwiesen, daß seit 2003 zahlreiche Wohnungen der Genossenschaft abgerissen wurden, womit »nachhaltig Genossenschaftseigentum vernichtet« wurde. Dies sei angesichts des strukturellen Bevölkerungsverlusts möglicherweise nicht zu vermeiden gewesen. Aber seit 2015 habe sich die bisherige negative Bevölkerungsentwicklung stabilisiert. Inzwischen geht die Stadtplanung wieder von einem Bevölkerungswachstum aus.

»Unsere Genossenschaft konnte den Wohnungsleerstand seit 2016 deutlich senken und innerhalb von zwei Jahren die Zahl der belegten Wohnungen um 157 erhöhen«, heißt es weiter. »Dieser Weg sollte weiter beschritten werden. Eine Reduzierung des Wohnungsbestandes ist nicht mehr notwendig. Die Vernichtung von Genossenschaftseigentum durch Abriß sollte deshalb künftig unterbleiben.«

Die Ablehnung, diesen Antrag in die Tagesordnung aufzunehmen, begründete der Aufsichtsratsvorsitzende damit, daß die Vertreterversammlung für solche Fragen laut Satzung nicht zuständig sei. Eine Abstimmung über die Aufnahme in die Tagesordnung erfolgte nicht.

## »Berliner Miete« getestet

*Privater Vermieter in Eberswalde überzieht Mietspiegel um 53 Prozent*

**Die Miete ist in nicht preisgebundenen Wohnungen (nicht Sozialwohnungen) »frei verhandelbar«. Wie so eine Verhandlung abläuft, mußte jetzt die Bewerberin für eine kleine 2-Zimmer-Wohnung (55 m<sup>2</sup>) in der August-Bebel-Straße erfahren.**

Sie wohnte bereits als Untermieterin in der Wohnung und mußte nun einen neuen Mietvertrag abschließen, da die Hauptmieter gekündigt hatten. Bereits beim letzten Mieterwechsel vor drei Jahren wurde die Kaltmiete um 100 Euro angehoben und lag mit 7,20 Euro pro Quadratmeter schon deutlich über der Vergleichsmiete für diese Wohnungsklasse (5,89 Euro nach Mietspiegel). Bei Abschluß des neuen Vertrages hat der Vermieter nun nochmals 100 Euro draufgelegt. Und zwar mit der Begründung, Eberswalde sei quasi ein Stadtteil von Berlin, deshalb könne man auch Berliner Preise verlangen.

Als die Bewohnerin den Mietspiegel als Verhandlungsgrundlage zu verwenden versuchte, wurde der Vermieter wütend: »Sie waren mir erst so sympathisch, wenn Sie jetzt Streß machen, dann möchte ich Sie nicht als Mieterin haben!«.

Der Vermieter hatte die Wohnung im Vorhinein der Untermieterin versprochen, den neuen Vertragsabschluß jedoch bis zum Ablauf der Kündigungsfrist des alten Vertrags hinausgezögert. Des weiteren hatte er eine »sozialverträgliche« Mieterhöhung angekündigt.

Schockiert über die saftige Erhöhung von 100 Euro, wollte die Wohnungsinteressierte das Angebot eigentlich ablehnen, aber das hätte bedeutet, ihre Sachen zu packen und innerhalb einer Woche auszuziehen.

Die 9 Euro Kaltmiete pro Quadratmeter liegt nun um 53% über der ortsüblichen Vergleichsmiete. Das Haus ist ein Altbau und wurde vor etwa 10-15 Jahren saniert. Die Wohnung verfügt über ein Wannenbad, Zentralheizung, Isolierfenster und Dielenböden. Die Kellerräume werden durch den Vermieter selbst als Büro und Hausmeisterwerkstatt genutzt. An der Wohnungsausstattung hat sich mit den Mieterhöhungen nichts geändert.

### **Dem Mieterverein fehlt die rechtliche Handhabe, um zu helfen**

Der MIETERVEREIN VIADRINA gibt den Hinweis, daß Vermieter, die eine zu hohe Miete verlangen, sich nach § 5 Wirtschaftsstrafgesetz strafbar machen. Das ist bereits der Fall, wenn die Miete mehr als 20 Prozent über der ortsüblichen Miete liegt. Allerdings gilt das nur, wenn nachgewiesen werden kann, daß der Vermieter das geringe Wohnungsangebot ausgenutzt hat. Hierfür sei der Mieter in der Pflicht nachzuweisen, daß er im gesamten Stadtgebiet keine günstige Wohnung gefunden hat. Daher rät der Mieterverein bei einer Erhöhung von 20-50 % davon ab, einen Rechtsstreit zu riskieren.

Demnach kann in Eberswalde jeder Vermieter bedenkenlos die Miete um bis zu 50 Prozent über den Mietspiegel anheben. Der Ortsverein

HAUS & GRUND teilte auf Anfrage mit, daß bei Neuvermietungen die Miethöhe »frei verhandelbar« ist und nach oben sogar gar keine Begrenzungen bestehen.

Die erhöhten Mieten bilden dann die Datengrundlage für den aktualisierten Mietspiegel, der in diesem Jahr erscheinen soll. Es drängt sich die Frage auf, was nützt der Mietspiegel den Mietern? Auf noch nicht bestehende Vertragsverhältnisse (Neuvermietung) findet er keine Anwendung und bei bestehenden Vertragsverhältnissen dient er der systematischen Mieterhöhung!

### **Steigende Mieten gefährden Einzelhandel und Klimaziele der Stadt Eberswalde**

Wie können wir die Übernutzung unserer Erde beenden und das Klima schützen, wenn nicht jeder bei sich beginnt im Kleinen einen Beitrag zu leisten?

Es ist allgemein bekannt, daß regionale Lebensmittel weniger Verkehr verursachen oder Zufahren ökologischer ist. Ein klima- und umweltfreundlicher Lebensstil kostet Geld und Zeit. Lebensmittel selber zu herzustellen und lokale Fachgeschäfte zu nutzen statt im Supermarkt einzukaufen und im Internet zu bestellen, ist neben der Geld- auch eine Zeitfrage.

Bei den momentan steigenden Wohnkosten bleibt immer weniger Geld für eine gesunde Ernährung, umweltfreundliche Fortbewegung usw. Durch mehr Arbeit verbleibt auch weniger Zeit, um z.B. im Garten selber Gemüse anzubauen oder kaputte Dinge zu reparieren.

Stadtverordnete, Zivilgesellschaft und Wirtschaft müssen ins Gespräch kommen und den Eberswaldern Vermietern klare Grenzen aufzeigen! Ein erster Schritt könnte sein, daß der Aufsichtsrat der WHG, als stadteigenes Unternehmen, einen Mieterhöhungsstopp für ihren Wohnungsbestand durchsetzt.

Des weiteren können die Wohnungen der privaten Vermieter durch einen Mietendeckel, wie er in Berlin beschlossen wird, bezahlbar gehalten werden. Positivbeispiele lassen sich auch im Ausland, z.B. in Wien, finden.

Wenn weiterhin nichts geschieht, dann geht das zu Lasten der bereits stark angeschlagenen allgemeinen Glaubwürdigkeit der Politik. Auch eine kleine Stadt wie Eberswalde kann sich zu Pionierleistungen aufschwingen und dadurch vielleicht sogar überregional Anerkennung erlangen und sich zumindest unter Immobilienmaklern Respekt verschaffen!

PAUL VENUß



## WHG in Eigenbetrieb umwandeln!

**Eberswalde (bbp).** »Die Berliner Initiative für ein Enteignungs-Volksbegehren hat in zweieinhalb Monaten 77.000 Unterschriften gesammelt und inzwischen bei der Berliner Innenverwaltung abgegeben«, informierte Albrecht Triller die neu gewählten Stadtverordneten in der Einwohnerfragestunde der konstituierenden Stadtverordnetenversammlung am 20. Juni. Damit habe das Volksbegehren »Deutsche Wohnen enteignen« zweifelsfrei das nötige Quorum von 20.000 Unterschriften erreicht.

In Berlin sollen demnach renditeorientierte Privatunternehmen mit einem Bestand von mehr als 3.000 Wohnungen gegen Entschädigung in Gemeineigentum überführt werden.

Die WHG Wohnungs- und Hausverwaltungsgesellschaft in Eberswalde hat rund 5.800 Wohnungen in ihrem Bestand, würde also von der Größe her zur Enteignung stehen. Allerdings ist die WHG ja bereits im Eigentum der Stadt und gilt somit bereits als sozialisiert (so nannte man das nach der Novemberrevolution und auch noch nach dem 2. Weltkrieg).

Albrecht Triller stellt diese Frage dennoch auch in Eberswalde und für die WHG. Dafür spreche:

1. Auch in Eberswalde greift der Mietensinn um sich und der größte Vermieter der Stadt, die WHG, ist der Hauptmiettreiber.

2. Obwohl im städtischen Eigentum, entspricht das Geschäftsgebaren der WHG einer Gesellschaft, die auf private Renditen orientiert ist.

3. Das Sagen in der WHG hat de facto nicht die Stadt bzw. die Stadtverordneten,

sondern der Bürgermeister als einziger Gesellschaftervertreter und der Aufsichtsrat (der nur der Gesellschaft verpflichtet ist) mit dem Bürgermeister als Vorsitzenden sowie der vom Bürgermeister bestimmte Geschäftsführer.

4. Die Tätigkeit der WHG beschränkt sich nicht nur auf den eigentlichen Geschäftszweck. Vielmehr nimmt sie Aufgaben wahr, die der Stadt als Ganzes obliegen und für die letzten Endes die Mieter der WHG bezahlen müssen. (Letztes Beispiel: kostenlose Zoosuche für Mieter der WHG?).

5. Die WHG verstößt gegen den Grundsatz des treuhänderisch handelnden Guten Kaufmannes. Sie schließt Verträge mit Dritten, die unmittelbare Wirkungen für die Mieter haben, ohne deren Interessen und Betroffenheiten hinreichend zu berücksichtigen und ohne die Verträge offen zu legen. Sie begünstigen dabei die Lieferanten von Versorgungsleistungen zum Nachteil der Mieter.

6. Die WHG nutzt die Spielräume zur Erhöhung der Mieten schamlos aus. Mit ihren Neuvermietungen bestimmt sie maßgeblich das Niveau des Mietspiegels, auf dessen

Grundlage sie dann ihre Mieterhöhungen begründet.

7. Die WHG lehnt es ab, Paragraph 52 Abs. 1 GmbH-Gesetz mit der Zielstellung anzuwenden, die Verschwiegenheitspflicht kommunalrechtsgemäß zu lockern und stattdessen das kommunalrechtliche Öffentlichkeitsprinzip gelten zu lassen. Die im Diskussionsprozeß der Stadtverordneten um die Satzung der WHG unterbreiteten Änderungsvorschläge werden nicht akzeptiert.

Albrecht Triller schlußfolgert daraus, daß auch in Eberswalde eine Vergesellschaftung der WHG angezeigt sei. Als Form schlägt er vor, »daß die WHG als GmbH aufgelöst und in einen kommunalen Eigenbetrieb umgewandelt wird«. Nur dadurch könne erreicht werden, daß die WHG einen weitgehenden kommunalrechtlichen Charakter erhält und eine Geschäftspolitik im Interesse der Bürgerinnen und Bürger der Stadt im Allgemeinen und der Mieterinnen und Mieter im Besonderen treibt.

»Im gerade zu Ende gegangenen Kommunalwahlkampf«, so Triller abschließend, »haben alle Wahlträger ihre Absicht kundgetan, für sozial verträgliche Mieten tätig werden zu wollen. Wie das aber erreicht werden soll, das hat keiner gesagt. Deshalb rufe ich Sie dazu auf, sich für die Umgründung der WHG in einen Eigenbetrieb der Stadt einzusetzen. Lassen Sie es nicht darauf ankommen, daß dazu in Eberswalde erst ein Volksbegehren gestartet werden muß.«

## Sozialer Wohnungsbau im Landkreis

**Wohnen ist ein Grundrecht und der Landkreis ist verpflichtet, dies jedem Bürger unabhängig von seiner finanziellen Situation zu ermöglichen. Das muß aus unserer Sicht auch im Barnim umgesetzt werden. Dies umso dringender, da die Zahlen und Daten der Kreisverwaltung zum Bestand an mietpreisgebundenem Wohnraum eine rapide Abnahme darlegen. Besonders bei sozialem Wohnraum wie auch hinsichtlich der speziellen Anforderungen durch Familien und Senioren sollte der Kreis handeln.**

Hintergrund für unseren Vorschlag einer möglichen neuen kommunalen, kreislichen Wohnungsbau- und Vermietungsgesellschaft ist die sukzessive Abnahme bestehender Mietpreisbindungen und Wohnungsbelegungsrechte. Unser Antrag wurde erst im Kreistag in den Kreisausschuß für Bauen und Wohnen verschoben, darin kurz beraten und dann über mehrere Monate hinweg verschleppt. Dies ist keine verantwortungsvolle Politik für den Landkreis. Mit den Wahlkampfslogans von SPD, Grüne/B90 und Die Linke zum sozialen Wohnungsbau wird bloß Sand in die Augen der Wählerinnen und Wähler gestreut. Deren tatsächliches Handeln in den dafür vorhandenen Gremien spricht eine andere Sprache.

So wollte und will die Kreistagsfraktion BVB/Free Wähler angesichts des im berlinnahen Raum schon heute spürbaren Drucks auf dem Wohnungsmarkt frühzeitig politische Möglichkeiten aufzeigen, die die weiter zunehmende Nachfrage aus Berlin nicht nur

auffangen kann, sondern auch bereits die einsetzende Verdrängung von Süd- nach Nord-Barnim berücksichtigt. Wo, wie in Eberswalde, mit Landesgeldern Wohnungen abgerissen werden, hätten auch solche Wohnungen schon hergerichtet werden können. Diesem Irrweg muß man entgegengetreten.

Im Rahmen der zu prüfenden Optionen für einen sozialen Wohnungsbau im ländlichen Barnim sollen alle Vor- und Nachteile und mögliche Formen der Zusammenarbeit mit bestehenden kommunalen Wohnungsbauvereinigungen ausgelotet und dabei unter anderem Baugenossenschaft, Eigenbetrieb oder eine gemeinsame kommunale Anstalt berücksichtigt werden.

Es ist auch die Aufgabe der Barnimer Politik, für große Familien, Alte und Junge, Menschen mit körperlichen Handicaps, Studenten und Auszubildenden und Zuzüglern solchen Wohnraum auch in naher Zukunft bereitzustellen. Durch den sehr angespannten

Wohnungsmarkt in Berlin im sozialen Bereich wie auch im bezahlbaren Mietpreissegment ist die Bundeshauptstadt in der Zukunft auf das Umland noch mehr angewiesen. Der Barnim spürt bereits bis nach Oderberg hinein diesen massiven Verdrängungs- und Zuzugsdruck. Eine Übernahme und Sanierung oder ein Neubau von solchen sozialen wie auch altersgerechten Wohnungen in der Größenordnung von 120 Einheiten dezentral für 20 Jahre könnte zumindest in diesem Anforderungssegment den Pflichten des Landkreises und Kommunen nahekommen.

Wir sehen einen sozialen Wohnungsbau im Barnim nicht nur als dringliche Aufgabe, sondern auch als große Chance an. So bietet der nördliche Barnim wie auch der ländliche Raum große Chancen, einem demografischen Wandel mit Zuzug entgegenzuwirken wie auch den Barnim an sich zu stärken. Der einfache Antrag auf Prüfung von Möglichkeiten sollte hier allen politischen Akteuren im Kreistag die möglichen Mittel eines Landkreises aufzeigen. Vorhandener und auch bezahlbarer Wohnraum für jeden ist wie Kitas und Schulen Teil der Daseinsvorsorge und nicht ein Spielball für Wahlkampfpolitik, mit der Problemlösungen tatsächlich nur verschleppt werden.

## Hartleibige Genossen

**Eberswalde (bbp).** Die Wohnungsgenossenschaft Eberswalde 1893 eG hat in diesem Frühjahr vielen ihrer Mitglieder Begehren zur Erhöhung der Nutzungsentgelte zugeschickt.

Genossenschaftsmitglieder haben kraft ihrer Mitgliedschaft in der Genossenschaft ein Dauernutzungsrecht an ihren Wohnungen. Sie zahlen daher keine Miete, sondern ein Nutzungsentgelt, durch das die anfallenden Kosten gedeckt werden sollen. Gleichwohl gilt auch für die Dauernutzungsverträge der Genossenschaften das allgemeine Mietrecht nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch. Davon ausgehend werden die Mitglieder und Wohnungsnutzer seitens der Genossenschaftsverwaltung auch faktisch wie Mieter behandelt.

Die Eigentümerrechte der Wohnungsgenossenschaftler sind schon vom Genossenschaftsgesetz her stark eingeschränkt. Per Satzung werden auch die verbleibenden Spielräume weitgehend eingeschränkt. Selbst der Vertreterversammlung, die bei größeren Genossenschaften wie der 1893 eG an die Stelle der Generalversammlung aller Mitglieder tritt, werden nicht nur Mitsprache-, sondern auch Informationsrechte sehr restriktiv gehandhabt.

Zweck der Genossenschaft ist laut Satzung »die Förderung ihrer Mitglieder vorrangig durch eine gute, sichere und sozial verantwortbare Wohnungsverorgung«.

Bei Nutzungsentgelten, die sich innerhalb der Spanne des Mietspiegels bewegen oder sogar darüber liegen, heißt es zum Förderprinzip in Genossenschaften auf der Internetseite [www.anderswohneningenossenschaften.de](http://www.anderswohneningenossenschaften.de), »kann man nicht mehr von einer wirtschaftlichen Förderung der Genossenschaftsmitglieder sprechen. Damit werden Genossenschaften zu Mietpreistreibern und in diesem Fall könnte man auch bei dem Vermieter XY wohnen.«

Die 1893 eG orientiert sich bei ihren aktuellen Erhöhungsbegehren ausdrücklich am Mietspiegel, wobei zuweilen die Forderungen auch deutlich über dem im Mietspiegel ausgewiesenen Mittelwert liegen. Viele Betroffene haben den Erhöhungen zugestimmt. Anderen, die nicht zustimmen, tritt die Genossenschaftsverwaltung mit beherzter Hartleibigkeit gegenüber und kündigt an, die Zustimmung zur Nutzungsentgelterhöhung »auf rechlichem Weg, gem. § 558b (2) BGB« einzuklagen. In zumindest einem Fall wurde dem betroffenen Genossenschaftsmitglied angedroht: »Sollten Sie jedoch unserer einvernehmlichen Mieterhöhung nicht zustimmen, sehen wir uns gezwungen, das förmliche Mieterhöhungsverfahren nach §§ 558 ff. BGB zu durchlaufen. Im Gegenzug für diese Bemühungen würden wir dann aber auch ihre Miete um den rechtlich zulässigen Betrag erhöhen.« Statt der angekündigten Erhöhung um knapp 10 %, würde dies bis zu 20 % bedeuten.

Andernorts spräche man in solchem Fall von Nötigung oder gar Erpressung. Hier hat sich sicher bloß ein Mitarbeiter verschrieben.

## WHG macht gute Gewinne



**Eberswalde (bbp).** Der Aufsichtsrat der städtischen WHG Wohnungsbau- und Hausverwaltungsgesellschaft mbH hat auf seiner Sitzung am 12. Juni einen positiven Jahresabschluß 2018 beschlossen. »Die wirtschaftliche Lage des kommunalen Unternehmens ist gesund«, bestätigte der Wirtschaftsprüfer der DOMUS AG, Alfons Feld, den Aufsichtsräten. »Die Ampel steht bei der WHG ganz klar auf Grün«. Die Höhe des erwirtschafteten Überschusses hat die WHG in ihrer Pressemitteilung nicht genannt.

Die WHG verweist darauf, daß die durchschnittliche Miete pro Quadratmeter gegenüber dem Vorjahr um 7 Cent auf 5,22 € gestiegen ist. Hinzu kommen warme und kalte Betriebskosten von 1,96 € pro Quadratmeter, was unter dem Landesdurchschnitt liege.

Die Durchschnittskaltmiete stieg um 1,4 %. Dabei handelte es sich ausschließlich um Erhöhungen durch Neuvermietung von fertiggestellten Bauvorhaben und Neuvermietung nach Renovierung und Modernisierung sowie um »wohntwertändernde Umbauten auf Wunsch der Mieter«. Mieterhöhungen im Bestand hatte es aufgrund des 2017 nach öffentlichen Protesten ausgesprochenen Mieterhöhungsstopps im Jahr 2018 nicht gegeben. Inzwischen beschloß der WHG-Aufsichtsrat aber ein Mieterhöhungskonzept und der Geschäftsführer kündigte an, 2019 auch wieder die Bestandsmieten erhöhen zu wollen. »Der Verzicht auf Mieterhöhungen nach Mietspiegel, Kostenmiete oder Ver-

gleichmiete kann nicht länger fortgesetzt werden«, heißt es dazu in der Pressemitteilung, »ohne daß dies Auswirkungen auf die Investitionsfähigkeit der WHG haben wird... Spürbare Umsatzsteigerungen deutlich über der Inflationsquote wären notwendig, um auch zukünftig das Niveau der Instandhaltungen und Sanierungen beibehalten zu können, um damit den wichtigen Beitrag der WHG zur Stadtansanierung und Stadtentwicklung leisten zu können und der Nachfrage und dem Bedarf der Menschen für Wohnen nach Wunsch und Wohnen mit Service zu entsprechen.«

Die WHG verweist darauf, daß 1,4 % Mietsteigerung unter der 2018er Inflationsrate von 1,9 % gelegen habe. Zugleich betragen die Kosten für die laufende Instandhaltung im Jahr 2018 pro Quadratmeter Wohnfläche 16,82 € (2017: 14,13 €). Damit wurden 2018 mehr als 6 Millionen Euro aufgewendet, um »die Wohnqualität zu erhalten und zu verbessern, ohne daß dadurch die Mieten gestiegen sind«. Auf den Monat umgerechnet sind es Kosten von 1,40 € (2017: 1,18 €) pro Quadratmeter.

Für 2019 plant die WHG Ausgaben in Höhe von 5,2 Millionen Euro für Instandhaltung und Bestandserhaltung sowie 6,8 Millionen Euro für Sanierung und Neubau.

Unter der Überschrift »Wissenswertes!« informiert die WHG dann noch darüber, daß sie immer noch für Altschuldenkredite aus dem komplexen Wohnungsbau der DDR monatlich 0,43 Euro/m<sup>2</sup> zahlt.

## Neue Sozialwohnungen bei der WHG

**Eberswalde (bbp).** Während in der Bürger-schaft die Proteste über die Mietpreistreiberei in Eberswalde immer lauter werden, hat die Stadtverwaltung mit der stadteigenen WHG Wohnungs- und Hausverwaltungs-GmbH eine Kooperationsvereinbarung geschlossen, die ein zusätzliches Angebot an mietspiegel- und belegungsgebundenen Wohnungen stadtweit vorsieht. Wie es in einer Pressemitteilung der WHG heißt, habe der WHG-Aufsichtsrat am 21. Mai diese Kooperation bestätigt. Die WHG stellt 486 Wohnungen im Rahmen der Kooperation zur Verfügung. Die Zahl der mietspiegel-

und belegungsgebundenen Wohnungen steigt damit auf 692, das sind fast 12 % des Wohnungsbestandes der WHG. Ziel sei, »Menschen mit kleinen und niedrigen Einkommen, die im Besitz eines Wohnberechtigungsscheines sind, vorrangig mit preisgünstigem Wohnraum im Mietsegment des 1. Förderweges für 4,90 Euro/m<sup>2</sup> und des 3. Förderweges zum Mietpreis von 6,00 Euro/m<sup>2</sup> versorgen können«.

Zum Vergleich: Ende 2018 lag die Durchschnittsmiete laut dem jetzt festgestellten Jahresabschluß 2018 bei der WHG bei 5,22 Euro pro Quadratmeter.

Der Mensch und sein Wohnumfeld (II)

## »Schädlinge« sind Teil der Natur

**In der Natur scheidet niemand die lebenden Wesen in »gut« und »böse«. Jede Pflanze, jede Mikrobe, jedes Tier hat Platz und Aufgabe. Alles, was lebt, versucht sich ständig zu ernähren, zu vermehren und sich möglichst lange zu behaupten. Stets werden die Schwächeren, die unvorsichtigen, die weniger angepaßten als erste beiseite gedrängt oder aufgefressen. So sorgt die Natur in einem ständigen Wechselspiel zwischen Leben und Tod dafür, daß das Gleichgewicht zwischen ihren Geschöpfen erhalten bleibt.**

Wie sollte sonst das unvorstellbar reiche Leben in unberührten Urwäldern oder weiten Steppenlandschaften funktionieren? Diese großen natürlichen Lebensräume erhalten sich selbst. Kein ordnender Eingriff von außen ist nötig. Schäden können hier nur Naturkatastrophen oder Menschen anrichten.

Die Behauptung, daß eine Blattlaus oder ein Kohlweißling ein Schädling ist, stammt vom Menschen. Nur in seinen Augen, an seinen Interessen gemessen, richtet da ein »Mitbewohner« seines Gartens Schaden an.

Jeder Garten, jeder Acker ist eine künstliche, eine »kultivierte« Welt. Das freie Wechselspiel der Natur wird hier in Grenzen gehalten. Solange der Gärtner die Gesetze der großen natürlichen Lebensgemeinschaft achtet, in der der Mensch auch nur ein Teil ist, solange bleibt auch in seinem Garten ein Gleichgewicht erhalten. In einem naturgemäßen Garten wird es immer eine begrenzte Zahl von »Schädlingen« geben. Sie werden aber nie zur Plage. Treten sie jedoch in Scharen auf, zeigen sie an, daß im Garten etwas falsch gemacht wurde.

Für einen biologischen Gärtner bleiben immer die Zusammenhänge wichtig. Wo Läuse, Raupen oder Milben völlig vertrieben werden, fallen Glieder aus den Nahrungsketten vieler anderer Lebewesen aus. Meisen, Marienkäfer und Raubmilben, die natürlichen Feinde der »Schädlinge«, ernähren sich von diesen Schädlingen. So werden aus »Schädlingen« Nützlinge.

Die Erhaltung der natürlichen Vielfalt bringt gerade in den Gärten Vorteile. So hängt es von dieser Vielfalt auch ab, ob sich Apfel- und Pflaumenwickler, Blattläuse oder andere Arten so stark vermehren können, daß tatsächlich spürbare Schäden an Obst und Gemüse auftreten. Ohrwürmer und Marienkäfer, Florfliegen und Laufkäfer kommen als natürliche Gegenspieler nicht einfach von irgendwoher. Sie brauchen Schlupfwinkel und Entwicklungsmöglichkeiten in den Gärten, damit sie bereits vorhanden sind, wenn es zu einer Massenvermehrung der »Schädlinge« kommen sollte. Das gleiche gilt für die Singvögel. Es nützt wenig, die Meisen und Finken im Winter zu füttern, wenn sie in den übermäßig »gepflegten« Gärten keine Brutplätze finden können.

In einem naturgemäßen Garten wird das Schädlingsproblem vorwiegend durch positive Maßnahmen gelöst. Alle Nützlinge werden gefördert. Die meisten »Schädlinge« sind Schwächeparasiten. Sie befallen zuerst diejenigen Pflanzen, die Wachstumsstörungen aufweisen. Richtige Pflanzensorten, richtige Pflanzenabstände, genügend Licht, Luft, Wasser und

Dünger gehören mit zu den wichtigsten Voraussetzungen für gesundes, kraftvolles Wachstum. Mischkulturen machen es dem Schädling schwer, in ihnen Fuß zu fassen. Eine sinnvolle Bodenpflege mit Kompost- und Mulchdecken fördert besonders die Gesundheit der Pflanzen und damit ihre Abwehrkräfte.

Die Schädlingsgefahr nimmt überall dort gefährliche Ausmaße an, wo die Anbaumethoden sich weit von allen natürlichen Voraussetzungen entfernt haben. Monokulturen, wie sie für den modernen Ackerbau typisch sind, bieten speziellen Schädlingen beste Vermehrungsmöglichkeiten. Ihre natürlichen Feinde haben dort entweder keine Lebensgrundlage oder sie werden bei der chemischen Schädlingsbekämpfung gleich mitvernichtet.

Bei der chemischen Bekämpfung überleben einige gegen diese Mittel unempfindliche Schädlinge. Ihnen fehlt dann sogar die Konkurrenz der eigenen Art. Die Folge ist die ungehemmte Vermehrung dieser resistenten Art. Es müssen immer stärkere und meist auch gefährlichere Insektizide verwendet werden.

In kalifornischen Obstplantagen müssen zur Blütezeit die Farmer mit Pollenpistolen die Arbeit von Hummeln und Bienen übernehmen.

Wehrlos gegen Schädlinge werden die Pflanzen oft auch durch übertriebene Düngung. (Groß und dick bedeutet nicht immer gesund und stark, beim Kohlkopf und beim Menschen.) Für den privaten Gärtner stellt sich das Schädlingsproblem einfacher dar als für den Bauern, der möglichst viel verkaufen muß. Dieser muß sich nach äußerlichen Merkmalen richten, weil der kurzsichtige Konsument es so will. Im Garten dagegen dürfen die Früchte kleiner und auch nicht so regelmäßig gewachsen sein. Sie werden dafür wohlschmeckend, gesund und giftfrei geerntet.

KLAUS MEIßNER

Anzeige



## Drehnitzwiesen neu entdecken: Die kleine Moorhexe

Julian Jaschke, Susanne Korff, Margareta Lemke, Sebastian Schmidt und David Sumser sind fünf Studenten des Masterstudienganges Regionalentwicklung und Naturschutz der Hochschule für nachhaltige Entwicklung Eberswalde. Sie haben im Rahmen einer Projektarbeit im Wintersemester 2017/2018 ein **Naturerlebnisangebot für Kitas und Grundschul Kinder** entwickelt, welches auch Familien gut nutzen können. Entstanden ist eine illustrierte Broschüre.

Die Broschüre beinhaltet eine Rahmengeschichte von MARTHA, DER KLEINEN MOORHEXE. Sie lädt die Kinder ein, mit ihr und ihren Freunden die Drehnitzwiesen zu entdecken und die Vielfalt dieses Lebensraumes kennenzulernen. Über Geschichten, Spielanleitungen und eigene Aktivitäten werden die Kinder animiert, die Fläche intensiv zu erkunden. Über eigene Erlebnisse und Entdeckungen soll so der emotionaler Zugang zur Natur entwickelt und gestärkt werden.

Martha trifft im Bereich der Brücke WANDA DIE WALDKÖNIGIN, die sich um die Waldbewohner kümmert und die Kinder zu einem respektvollen Umgang mit der Natur anregen soll. An der zweiten Station entdeckt FINN DER FORSCHER mit den Kindern den Lebensraum Wiese und animiert die Kinder zum genauen Hinsehen. Mit ANNEGRET DER WALDAMEISE werden gemeinsam Aufgaben gelöst. Die Kinder werden hier angeregt, wie die Ameisen gemeinsam ein Bauwerk zu errichten und dazu eine Ameisenkarawane zu nutzen. An der vierten Station trifft Martha WILLI WUNDERLICH, den Künstler des Waldes. Mit ihm können die Kinder mit Naturmaterialien ihre eigenen Kunstwerke errichten und lernen im Spiel die vielfältigen Farben des Waldes kennen. Die vier Stationen können sowohl nacheinander als auch einzeln aufgesucht werden.

Durch die Stadtförster Mattes Krüger wurden die vier Stationen Ende Mai mittels Pfählen gekennzeichnet. Leider wurden diese Stationsmarkierungen innerhalb einer Woche von Unbekannten wieder entfernt. Deshalb ist es zunächst nur möglich, die Stationen mit dem in der Broschüre befindlichen Lageplan aufzusuchen.

Viel Spaß beim Entdecken wünscht MARTHA DIE KLEINE MOORHEXE. Sie freut sich, wenn sie viele Geburtstagskinder mit ihren Freunden und Familien mit Kindern auf den Drehnitzwiesen begrüßen kann.

Pressestelle der Stadtverwaltung Eberswalde

Die Broschüre kann hier aus dem Internet heruntergeladen werden: [https://www.eberswalde.de/fileadmin/bereich-eberswalde/user/ewschwarz/Umweltprojekte/Broschuere\\_Naturerlebnis\\_Drehnitzwiesen.pdf](https://www.eberswalde.de/fileadmin/bereich-eberswalde/user/ewschwarz/Umweltprojekte/Broschuere_Naturerlebnis_Drehnitzwiesen.pdf)

Es ist schwierig sich bei nichtlinearen Differentialgleichungen eine Vorstellung von der Lösung zu veranschaulichen. Historisch betrachtet war es der italienische Mathematiker VITO VOLTERRA, der in den 1920er Jahren den prozentualen Anteil von gefangenen Haien und Speisefischen bei der Anlandung im Hafen Triest untersuchte. Volterra hatte festgestellt, daß während des ersten Weltkrieges die Zahl der Haie in der Adria zunahm, während die Speisefische abnahmen. Volterras Idee war nun, die Populationen in eine Räuberpopulation (Haie) und in eine Beutepopulation (Speisefische) aufzuteilen. Er untersuchte die Sterbe- und Vermehrungsrate beider Populationen, und verwendete diese als Eingangsgrößen für die miteinander gekoppelten Differentialgleichungen. Damit war das Grundmodell des Räuber-Beute-Systems geschaffen, was auch als Lotka-Volterra-System bezeichnet wird.

ALFRED JAMES LOTKA war ein in Österreich geborener US-Amerikaner, der unabhängig von Volterra auf die gleichen Folgerungen stieß. Grundmodell deshalb, weil hier nur zwei Populationen betrachtet wurden. Man kann es aber auf mehrere ausweiten. Ebenso kann man bei diesen gekoppelten Differentialgleichungen noch zusätzlich Abfischung, Bejagung, Migration oder Rückzug in Schutzgebiete einbeziehen.

Die Idee des Modells ist: Die Speisefische werden von den Haien gefressen. Dadurch gibt es weniger Speisefische. Wenn aber nun die Nahrungsgrundlage der Haie weniger wird, dann verhungern auch mehr Haie. Weniger Haie bedeutet weniger Bedrohung für die Speisefische, also vermehren sie sich wieder.

Es entstehen periodische Schwankungen der Populationen. Trotz dieser periodischen Schwankungen stellt sich ein Gleichgewichtszustand zwischen der Räuber- und der Beutepopulation ein.

Lösungen der nichtlinearen Differentialgleichungen gestatten das Ableiten von Regeln:

## Kiez-Hauptstraße saniert

**Eberswalde (bbp).** Der städtische Bauausschuß hat im April die Vorplanung für den Ausbau der Frankfurter Allee im Brandenburgischen Viertel befürwortet. Die Verwaltung erarbeitet nun die Entwurfsplanung für die 1,3-Millionen-Investition. Entsprechend der Vorzugsvariante der Verwaltung wird dabei die Fahrbahn auf der kompletten Länge von 625 Metern durch die Anpassung der nordseitigen Borde auf eine Breite von 7 Metern gebracht und grundhaft ausgebaut. Die angrenzenden Gehwege und Parkplätze sind in gutem Zustand und bleiben. Dagegen ist die Straßenentwässerung insgesamt in einem baulich schlechten Zustand. Künftig soll das Regenwasser nicht mehr in den Finowkanal abfließen, sondern im Wohngebiet über geeignete Anlagen versickern. Der Beginn der Maßnahme ist im II. Quartal 2020 vorgesehen, bei einer Bauzeit von etwa sechs Monaten.

# Das Räuber-Beute-System

von Dr. Ulrich Pofahl

**Beim Räuber-Beute-System geht es um das Wachstum und die Wechselwirkung zweier Populationen. Kernstück des Räuber-Beute-Systems sind zwei miteinander gekoppelte nichtlineare Differentialgleichungen, die genau dieses Wachstum und die Wechselwirkung dieser Populationen beschreiben.**

Die Beutepopulation erreicht bei den Schwankungen immer zuerst das Maximum im Vergleich zur Räuberpopulation. Der Mittelwert der Beutepopulation ist immer größer als der der Räuber. Werden sowohl Räuber- als auch Beutepopulation gleichermaßen in ihrer Größe dezimiert, so wächst die Beutepopulation immer schneller als die Räuberpopulation.

Volterra berücksichtigte dann in diesen Differentialgleichungen die Entnahme von Beute und Räubern, also den Fischfang. Werden nun in diesem modifizierten Grundmodell die Mittelwerte der Räuber- und Beutepopulation berechnet, so stellte Volterra fest: Ein angemessener Fischfang steigert die Anzahl der Speisefische, während die Anzahl der Haie abnimmt. Umgekehrt verursacht ein geringerer Fischfang, wie das im ersten Weltkrieg der Fall war, im Durchschnitt einen zahlenmäßigen Anstieg der Haie, was die Anzahl der Speisefische reduziert. Volterra konnte somit das eingangs dargestellte Problem vollständig lösen.

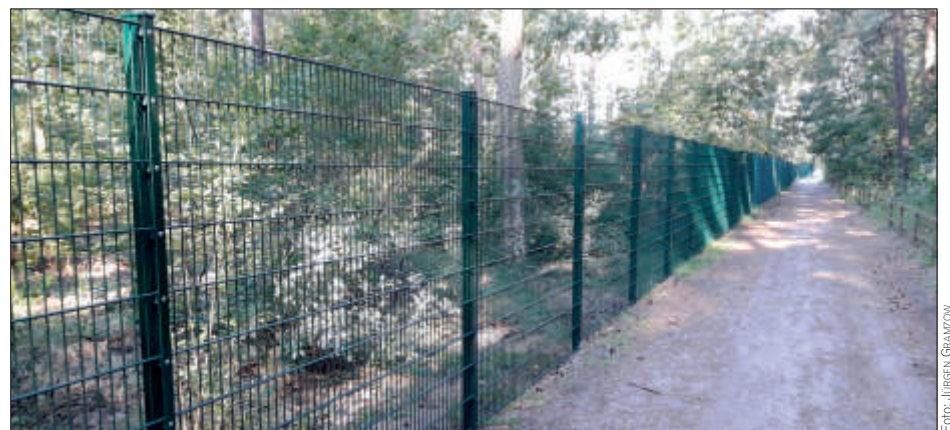
Ein Beispiel für die Schwierigkeit, sich Wirkungen der nichtlinearen Differentialgleichungen beim Räuber-Beute-System vorzustellen, ist das folgende: Aus Australien wurde 1868 das Baumwollschuppen-Insekt in die USA eingeschleppt. Dieses Insekt drohte die US-amerikanische Zitrusfrüchte-Industrie zu vernichten, also wurde zur biologischen Schädlingsbekämpfung eine Marienkäferart aus Australien eingeführt, die wirklich das Baumwollschuppen-Insekt auf ein niedriges Niveau hielt. Mit dem Aufkommen von DDT wollte man dann dieses Baumwollschuppen-Insekt ausrot-

ten. Doch überall, wo man DDT anwendete, vermehrte sich das Baumwollschuppen-Insekt. Hier wurden sowohl die Räuber als auch die Beutepopulation gleichmäßig dezimiert. In Übereinstimmung mit den Regeln des Räuber-Beute-Systems erholte sich hierbei die Beutepopulation schneller als die Räuberpopulation.

Man erhält weitere unerwartete Ergebnisse, wenn man die zusätzlichen Eingangsgrößen in den Differentialgleichungen des Räuber-Beute-Systems variiert. Das ist der Fall, wenn beispielsweise schwach wirkende Gifte bei der Schädlingsbekämpfung (Beutepopulation) eingesetzt werden. In einem solchen Fall, wird das Wachstum der Beutepopulation größer sein als deren Dezimierung von außen. Kurioserweise hängt dann der mittlere Schädlingsbestand nicht von der Wirksamkeit des Giftes auf die Schädlinge ab, sondern nur von der Wirkung des Giftes auf die Räuberpopulation. Es kommt folglich zu einer Vermehrung der Schädlinge.

Mit Sicherheit ist genau diese Möglichkeit bei der aktuellen Bekämpfung (Mai 2019) des Forstschädlings Nonne im Süden von Berlin eingetreten. Die Organisation NABU hat mit Unterstützung der Grünen Partei während der laufenden Bekämpfung des Forstschädlings Nonne mit dem Pflanzenschutzmittel »Karate Forst« beim Oberverwaltungsgericht Potsdam einen Bekämpfungsstopp erreicht. Nur 2/3 der befallenen Fläche wurden bekämpft. Mit dem Bekämpfungsstopp erreichte man nun genau das Gegenteil. Es wurde sinnlos Gift versprüht, Nützlinge und unbeteiligte Insekten wurden vergiftet und der Schädlingsbefall steigt.

## Ein neuer Zaun im Wald



Die Waldsportanlage ist bald wie neu. Dazu gehört nun auch ein Zaun, der gewiß nicht unerheblich zu den Kosten für die Anlage beigetragen hat. Schön ist so ein Zaun nicht. Aber die neuen teuren Anlagen müssen selbstverständlich vor Vandalismus geschützt werden. Nicht zuletzt ermöglicht die Einzäunung auch, daß im Bedarfsfall Eintrittsgelder für Events in der Waldsportanlage genommen werden können. Eine solche Kommerzialisierung wäre ohne Zaun nicht möglich.

Vor 25 Jahren verließen die letzten GUS-Streitkräfte Eberswalde:

## Befreier – Freunde

*Einige Gedanken anlässlich der Verabschiedung der GUS-Streitkräfte im Juni 1994*

**Bei der offiziellen Verabschiedung des Restes der hiesigen Garnison Eberswalde der Westgruppe der Truppen herrschte Abschiedsstimmung auf beiden Seiten, und aus dieser Stimmung lasse ich meine Gedanken in das Jahr 1945 zurückgehen.**

Im Februar/März jenes Jahres wartete meine Familie auf das Eintreffen der Roten Armee als unserer Befreier vom Hitlerfaschismus. Befreier besonders deshalb, weil mein Vater gleich nach dem Reichsbrand 1933 wegen seiner kommunistischen Überzeugung verhaftet wurde und eine schlimme Zeit in den Konzentrationslagern Oranienburg und Sonnenburg verbringen mußte. Nach seiner Entlassung 1934 stand er unter Polizeiaufsicht und wurde durch Nazispitzel beaufsichtigt.

Den 8. Mai 1945, den »Tag der Befreiung« von der Nazityrannie, konnte ich nicht in meinem Wohnort Finowfurt erleben, da ich noch am 17. März 1945 als 16-jähriger zum Reichsarbeitsdienst einberufen worden war. Entsprechend der mir von meinen Eltern mitgegebenen Ratschläge setzte ich nach der Entlassung aus einem englischen Internierungslager alles daran, so bald wie möglich wieder nach Hause zu kommen. Nach dem etwas abenteuerlichen Übertritt über die »grüne Grenze« zur sowjetischen Besatzungszone war ich am 3. September 1945 endlich wieder zu Hause angelangt.

Am Abend des gleichen Tages hatte ich erstmals Gelegenheit, unsere Befreier, sowjetische Menschen in Uniform, ganz persönlich kennen zu lernen. Mein Vater nahm mich zur Feier in das Volkshaus mit, wohin der Finowfurter Militärkommandant anlässlich des Sieges der Roten Armee über Japan eingeladen hatte. An jenem Abend hörte ich erstmals die original russischen, ukrainischen usw. Volkslieder, erlebte ich erstmals in meinem Leben die Tänze der Völker der Sowjetunion – dargeboten von Soldaten und Offizieren der Roten Armee. Obwohl ich kein Wort russisch sprach und die

Soldaten und Offiziere an unserem Tisch nur ein paar Brocken Deutsch konnten, verstanden wir uns doch recht gut.

Daß die Armeeinghörigen bereit waren, mit uns Deutschen Brot, Speck und Tabak zu teilen, erlebte ich zum ersten Mal an jenem Abend. Diesem meinem ersten Treffen mit unseren Befreiern folgten in den fast 50 Jahren danach Hunderte weitere – im Kreise der Familie oder gemeinsam mit den Arbeitskollegen. Was mich persönlich angeht, brauchte es dazu keine Anordnung »von oben«. War es zunächst Spontaneität und später die Erfahrung, trieb mich schließlich innere Überzeugung – und das bis auf den heutigen Tag.

In diesen Tagen des Abschiednehmens denke ich auch an die jahrelange Hilfe und Unterstützung durch die Angehörigen der Sowjetarmee zurück. Gerade auch hier in unserem Heimatkreis nahmen wir gerne deren Hilfe – zum Beispiel bei der Überwindung der Hochwasserkatastrophe, bei der Bergung des Getreides, bei der Kartoffelernte und vielen anderen Gelegenheiten – in Anspruch. Und nicht zu vergessen sind die vielen begeisternden Auftritte des Gesangs- und Tanzensembles der Eberswalder Garnison sowie des Blasorchesters vom 81. Gardepanzerregiment.

Im Namen der Mitglieder der Brandenburgischen Freundschaftsgesellschaft e.V. Eberswalde rufe ich unseren scheidenden Freunden zu: Bleibt gesund, gestaltet fleißig Euer neues Leben, streitet weiter für Frieden und Freundschaft unter den Völkern.

OTTO RUBIN

(aus: »Der Linke Eberspiegel« 6/1994, unser Autor verstarb 2016 im Alter 87 Jahren)

## Handel und Wandel sichert Frieden

Vielen Menschen in der BRD fiel bestimmt ein großer Stein vom Herzen, als jetzt die EU-Minister für ein Ende der Blockade gegen Rußland aussprachen.\*

Vor allem von Rostock bis Suhl gibt es viele Verknüpfungen mit der Wirtschaft Rußlands, so daß es sich das Embargo sehr nachteilig auf unser Land auswirkte. Es gibt kaum einen Wirtschaftszweig, der nicht mit Rußland verbunden ist. Die Bauern klagen in Thüringen, die Obstbauern in Brandenburg. Die unterbrochenen Wirtschaftsbeziehungen spürte man im ganzen Land, ob Leipzig, Magdeburg, Dresden oder Jena.

Viele der wirtschaftlichen Verbindungen haben ihre Wurzeln in der Zeit, als die Sowjetunion unser größter Handelspartner war. Es

bleibt auch für die Zukunft außerordentlich wichtig, mit dem größten Land der Erde auch wirtschaftlich gut zusammenzuarbeiten und den Handel auszubauen und zu stabilisieren.

Klopfen wir den Ministern auf die Schulter, die den Mut für die Normalisierung der Beziehungen mit Rußland aufbrachten. Wenn die USA mit Rußland nicht zusammenarbeiten wollen, ist das einzig und allein deren Angelegenheit. Es ist gut, wenn die europäischen Länder dabei nicht mitmachen.

NORBERT GLASKE

\* Die Parlamentarische Versammlung des Europarates hat am 24. Juni beschlossen, den Vertretern Rußlands das vor fünf Jahren entzogene Stimmrecht zurückzugeben. Dieses war ihnen seinerzeit als Sanktion nach dem Anschluß der Halbinsel Krim genommen worden.

## ZWA-Verbandsvorsteher

**Eberswalde (bbp).** Die Fraktion Die Linke hat sich noch kurz vor Ende der alten Wahlperiode mit einer Anfrage zur anstehenden Neubesetzung der Stelle des Verbandsvorstehers des Zweckverbandes für Wasserver- und Abwasserentsorgung (ZWA) zu Wort gemeldet. Der Eberswalder Vertreter in der ZWA-Verbandsversammlung Friedhelm Boginski habe »in der letzten Verbandsversammlung für die öffentliche Ausschreibung der Stelle des Verbandsvorstehers gestimmt. Der jetzige Verbandsvorsteher Wolfgang Hein hat mehrmals in der Öffentlichkeit bekundet, daß er seinen bis 2022 befristeten Anstellungsvertrag in diesem Jahr beenden möchte. Nimmehr hat die Verbandsversammlung beschlossen, daß erst im November 2019 final ... entschieden werden soll.« Das hieße, der Verbandsvorsteher kann erst 2020 den ZWA verlassen. Als Gründe seien die Kommunalwahl am 26. Mai und die Wahl des Schorffheider Bürgermeisters am 1. September 2019 genannt. Weder der Beschluß der Verbandsversammlung noch die Begründung wurden veröffentlicht. Daher ergaben sich für die Fraktion nachfolgende Fragen, die noch vor der konstituierenden Sitzung der neuen Stadtverordnetenversammlung von Bürgermeister Boginski beantwortet wurden:

**1. Soll in der Verbandsversammlung über die Veröffentlichung der Ausschreibung selbst (Anforderungen, Qualifikation, etc.) oder über die Person eines neuen Verbandsvorstehers/einer Verbandsvorsteherin entschieden werden?**

Die Verbandsversammlung wird über den Ausschreibungstext sowie über die Grundsätze des Auswahlverfahrens der Stelle der hauptamtlichen Verbandsvorsteherin bzw. des hauptamtlichen Verbandsvorstehers in ihrer nächsten Sitzung entscheiden. Die Verwaltung des ZWA wurde dazu von der Verbandsversammlung in der Sitzung am 15.05.2019 mit den entsprechenden Ausarbeitungen beauftragt. Ferner liegt die Zuständigkeit für die Wahl ... bei der Verbandsversammlung.

**2. Sind die Vertreter der 17 Mitgliedsgemeinden davon ausgegangen, daß die gewählten Vertreter in den Mitgliedsgemeinden nicht in der Lage sind, nach der Kommunalwahl im Mai ihre Vertreter in der Verbandsversammlung zu wählen? Trauen sie den neugewählten Mitgliedern die Neubesetzung der Stelle des Verbandsvorstehers nicht zu?**

Meiner Einschätzung nach ist genau das Gegenteil der Fall, was spätestens durch den Zeitplan für die Neubesetzung deutlich wird.

**3. Gemäß Verbandsatzung haben die Mitgliedsgemeinden insgesamt 32 Stimmen; 16 davon entfallen auf die Stadt Eberswalde. Die Gemeinde Schorffheide hat eine Stimme. Welchen Einfluss soll die Wahl des Schorffheider Bürgermeisters auf die Neubesetzung der Stelle des Verbandsvorstehers haben?**

Die Frage, welchen Einfluß die Wahl des Schorffheider Bürgermeisters auf die Neubesetzung der Stelle des Verbandsvorstehers haben soll, kann von mir nicht beantwortet werden und hat sich mir im übrigen auch nie gestellt.

## Der alte Föhn

Wir leben in einer Wegwerfgesellschaft. Das wird allzuoft beklagt und es gibt mir zu denken. Denn viele, wie Obdachlose, Arbeitslose oder Hartz-4-Betroffene, die werden doch nicht ihre letzten Sachen wegwerfen, vielleicht gar ihren Schlafsack...

Würden wir nicht mit Werbung zugeschüttet, wüßten wir gar nicht, was uns so alles fehlt und was alles doch viel schöner und besser ist als das, was wir schon lange nutzen. Da hilft nur eins: Alles wegwerfen und neu kaufen. So wird die Wirtschaft »angekurbelt« und der Profit wächst ständig – wie die Müllberge.

Die rote Oma benutzt noch immer ihren 50 Jahre alten Föhn aus der DDR (gute Qualität).

ELISABETH MONSIEG

## Heidekrug Joachimsthal: Kommunales Kino

Freitag ist Kinotag. Jeweils um 19.30 Uhr gibt es beim Verein Kulturhaus Heidekrug 2.0 kommunales Kino. Beginn ist immer um 19.30 Uhr und der Eintritt kostet jeweils 6 Euro.

**Am 5. Juli läuft der Film »Vom Lokführer, der die Liebe suchte« (Deutschland/Aserbaidschan 2018).**

Ein Güterzug rollt durch eine weite Graslandschaft, die sich vor den kaukasischen Bergen entlangzieht. Am Steuer: Nurlan, der Lokführer. Tagein, tagaus lenkt er seinen Zug durch einen dicht besiedelten Vorort Bakus, in dem die Schienen so dicht an die Häuser grenzen, daß Nurlan quasi durch die Vorzimmer und Gärten der Bewohner fährt. Nurlan hat schon so einiges von seiner Lokomotive gepflückt: Hühnerfedern, Spielzeugbälle oder auch Bettbezüge. Am letzten Arbeitstag vor der Pensionierung verheddert sich ein besonderes Abschiedsgeschenk an Nurlans Lok: Ein traumhaft schöner, blauer Spitzen-BH. Nurlan nimmt ihn mit in sein Heimatdorf in den Bergen und beschließt, die Suche nach der Besitzerin des Büstenhalters aufzunehmen (Länge: 90 Minuten, FSK: 6).

**Eine Woche später, am 12. Juli zeigt das Kommunale Kino »Free Solo« (USA 2018).**

Der Extremsportler und Free-Solo-Kletterer ALEX HONNOLD hat einen Lebenstraum: Er möchte ohne Seil und Sicherung den fast senkrechten Felsen El Capitan im Yosemite-Nationalpark in Kalifornien bewältigen. Im Sommer 2017 bereitet sich Alex auf den 975 Meter hohen Felsvorsprung vor und wird von der preisgekrönten Dokumentarfilmerin ELISABETH CHAI VASARHELYI und ihrem Kameramann, Profi-Bergsteiger JIMMY CHIN, begleitet. Mit jeder kleinen falschen Bewegung riskiert der Athlet sein Leben. Free solo porträtiert die inspirierende Leidenschaft des jungen Extremsportlers und die Ängste seiner Eltern, Freunde und Lebensgefährtin in bemerkenswerter Art und Weise (Länge: 100 Minuten, FSK: o.A.).

GISBERT AMM

Für mehr Frauen in der Politik:

## »Ich misch' mich ein«

Wie will ich in meiner Gemeinde leben? Wie kann ich mir für meine Ziele Gehör verschaffen und Mitstreiterinnen und Mitstreiter finden? Das Programm für mehr Frauen in der Politik unterstützt Sie, Ihre eigenen Werte zu definieren und sich mutig, überzeugt und souverän durchzusetzen. Sie erhalten Fachkenntnisse für den politischen Alltag in der Kommunal- und Landespolitik und haben die Möglichkeit sich mit gleichgesinnten Frauen zu vernetzen.

**»Brandenburg – Ich misch' mich ein. Für mehr Frauen in der Politik.«**

Als erstes Bundesland hat Brandenburg am 31. Januar 2019 die Einführung eines Parité-Gesetzes beschlossen. Das Gesetz verpflichtet die Parteien, bei Landtagswahlen gleich viele Frauen und Männer als Kandidatinnen und Kandidaten auf den Landeslisten aufzustellen. Dieser Schritt wurde von der Landespolitik als notwendig angesehen, da trotz 100 Jahren Frauenwahlrecht noch keine Partizipation in gleichem Umfang von Frauen und Männern gewährleistet wurde.

Zurzeit sind gerade einmal 9,6 Prozent aller Rathauschefs in Brandenburg weiblich. In den Gemeindevertretungen liegt der Frauenanteil bei 23,3 Prozent. Nach einer Untersuchung

vom Juni 2016 lag der Frauenanteil bei Führungspositionen in Brandenburg 26,1 Prozent. Damit lag der Frauenanteil im Vergleich zum bundesdeutschen Durchschnitt (22,5 Prozent) zwar etwas höher, tatsächlich jedoch weit unter einem repräsentativen Anteil von 50 Prozent.

Ziel unseres Leuchtturmprogramms »Brandenburg – Ich misch' mich ein. Für mehr Frauen in der Politik.« ist es, den Anteil von Frauen, die sich aktiv im Land Brandenburg für Politik engagieren, zu erhöhen.

Das mehrstufige Programm beginnt in diesem Jahr. Fokus sind die Wahlen 2024. Wir wollen für politische Teilhabe werben und Frauen stark machen. Die Workshops richten sich an alle in Brandenburg politisch engagierten Frauen, die ihre Ziele weiter verfolgen und durchsetzen wollen.

Die ersten Workshops finden jeweils samstags, am 24. August und am 14. September von 9 bis 17 Uhr in der VHS Eberswalde Eberswalde statt. Beide Workshops inklusive einer Abschlußveranstaltung in Potsdam kosten 90 €.

THERESIA REINHOLD

Weitere Informationen zur Anmeldung und zum Programm finden Sie hier: [www.frauenaufpodium.org/mehr-frauen-in-die-politik/](http://www.frauenaufpodium.org/mehr-frauen-in-die-politik/)

## Kunstwerke gesucht

**Bernau (best).** Unter dem Titel »Mein Bernau« sollen vom 28. September bis zum 12. Oktober im Forum Bernau Kunstwerke, die sich mit Wünschen, Vorstellungen und Ideen für ein »Bernau für ALLE« oder eben »Mein Bernau« befassen, ausgestellt werden. Im Rahmen des Inklusionsprojektes »Bernau für ALLE« können Kunstwerke und Ideen für Aktionen zum Thema bis zum 30. August eingesandt werden.

Es werden kreative Lösungen und Ideen gesucht wie alle Bernauer an Veranstaltungen und generell am gesellschaftlichen Leben in Bernau teilhaben kann. Ob Sportfest, Theaterstück, Malerei, Zeichnung, Collage, Video, Musik Plastiken oder anderes, der Kreativität sind dabei keine Grenzen gesetzt!

Einsenden an: Bernauer Stadtmarketing GmbH, Breitscheidstraße 45, 16321 Bernau.

## »Sommerfest am Schwanenteich!«

**Die schöne Zeit des Jahres ist gekommen. Alles blüht so schön, die Menschen sind gut gelaunt... da wird es doch Zeit für unser Sommerfest.**

Unser alljährliches Sommerfest findet in diesem Jahr wieder auf der Festwiese am Schwanenteich statt. Es wird getanzt, gelacht und gefeiert bis in den späteren Abend. Es erwartet Euch traditionelle Volksfeststimmung und ein attraktives Programm für Kinder und Erwachsenen. Mit einer Vielzahl an Speisen & Getränken wird der Festplatz am Schwanenteich wiederum zum sommerlichen Festgelände. Alles, was jetzt noch fehlt, ist gute Laune und fröhliche Gäste, doch dafür werdet Ihr schon sorgen.

**Das Sommerfest beginnt am 13. Juli ab 16 Uhr.**

In diesem Jahr haben wir für unsere kleinen Gäste ein besonders attraktives Programm vorbereitet: Kinderkarusselle, Clowns, Trampolin und noch viel mehr. Nicht vergessen haben wir auch sämtliche Leckereien, wie Knoblauchba-

quette, Eis und diverse Süßigkeiten, welche für die Stärkung unsere kleinen Gäste sorgen.

Wir haben auch an die Erwachsene gedacht und haben für sie eine ganz besondere Live-Musik Programm mit Pop, Rock, R&B, Schlager und Jazz auf höchstem Niveau aus Berlin vorbereitet. Die Berliner Partyband »Inter-Jam« mit charismatischen, mitreißenden Sänger\*Innen und virtuosen Instrumentalist\*Innen sorgt an diesem Abend ab 18:00 Uhr für ein hochwertiges musikalisches Entertainment.

Ab 22 Uhr geht es mit dem DJ Kevin Miller weiter. Er sorgt für die sommerliche Partystimmung und verwandelt unseren Festplatz in einen coolen open-air Club.

Wir freuen uns, unser Sommerfest mit Euch zusammen zu feiern!

VIKTOR JEDE, Vorstandsvorsitzender

# Eberswalder Blumenwiesen



**Eberswalde (prest-ew).** Die Eberswalder Insekten können sich freuen: Die Stadt stellt insgesamt neun Flächen, insgesamt etwa 2,6 Hektar, als Blumenwiesen zur Verfügung. Diese werden nur einmal im Jahr gemäht und fungieren so als wichtige innerstädtische Leistungsträger nicht nur im ökologischen Bereich.

Mit der Einweihung der Beschilderung an der Blumenwiese im nördlichen Uferpark am Finowkanal wurde das Projekt der Stadt am 13. Juni bewußt vorgestellt. »Die Blumenwiesen sind ein wichtiger Beitrag zur Biodiversität in unserer Stadt. Wir haben uns ganz bewusst dazu entschieden, diese Flächen dem Ökosystem und der Natur zur Verfügung zu stellen. Dabei werden sie natürlich nach wie vor durch uns gepflegt«, so Baudezernentin ANNE FELLNER. Am Uferpark weist ein Schild auf die Nutzung der Fläche als Blumenwiese hin.

Ein Dutzend Kinder der Kita »Haus der kleinen Forscher« bekam gleich die Gelegenheit, die Artenvielfalt in der Blumenwiese zu erleben und zu beobachten. Mit Lupe und Köcher gingen sie auf Entdeckungsreise. Dies wird in den kommenden Jahren auf immer mehr

Flächen in Eberswalde möglich sein. Insgesamt werden noch weitere 5,5 Hektar Wiesen und Brachflächen zu Blumenwiesen entwickelt.

Bei der Pflege der Flächen arbeitet die Stadt eng mit der Hochschule für Nachhaltige Entwicklung zusammen. »Wir wollen möglichst viele Tiere und Pflanzen fördern und unterstützen«, so JAN WEBER vom Tiefbauamt. »Blumenwiesen haben einen vielfältigen Nutzen. Sie unterstützen die heimische Flora und Fauna, haben eine höhere Resilienz gegen klimatische Extreme und dienen auch als Räume für Naturerfahrung.« Die Blumenwiesen werden nur einmal im Spätsommer gemäht. Dazu kommen drei Mahden der Außenkanten. Das Mahdgut wird entfernt und die Flächen bleiben ungedüngt. Auch eine künstliche Bewässerung ist nicht nötig.

Weitere Blumenwiesen befinden sich derzeit in der Eberswalder Straße im Bereich des Forsthauses und auf Höhe des alten Arbeitsamtes, in der Ringstraße, in der Fritz-Weinck-Straße, in der Brandenburger Allee an der alten Schwärzeseeschule, auf dem Gelände der ehemaligen Dachpappenfabrik, im Uferpark und am Spielplatz in der Anne-Frank-Straße.

## Quo vadis Bürgerhaus Panketal?

Kürzlich debattierte die Gemeindevertretung Panketal wieder einmal über die Pläne für das alte Krankenhaus an der Schönower Straße. Die Verwaltungsvorlage, die sich entgegen anderweitiger Ankündigungen nicht wirklich auf die Empfehlungen der Heidehaus-AG bezieht, sieht eine gewerbliche Nutzung der Räumlichkeiten in zwei Stockwerken vor. Das verhindert die Verwirklichung der Idee eines Bürgerhauses. Fast 15 Jahre debattieren sind genug! Panketal braucht endlich ein Bürgerhaus, das dieser Bezeichnung gerecht wird.

Mit der vorliegenden Konzeptstudie des Architekturbüros Renner liegt zum ersten Mal eine Visualisierung des Projektes vor. Vom

Schandfleck zum Leuchtturm Panketals – so könnte die Entwicklung verlaufen. Wenn wir Bürgerinnen und Bürger uns dafür einsetzen. Deshalb haben wir gemeinsam mit weiteren Mitgliedern der Heidehaus AG zu einem Bürgergespräch eingeladen. Am 16. Mai konnten die Bürger Ihre Ideen für eine generationenübergreifende Nutzung von Heidehaus und dem anliegende Areal einbringen. Zu Sprache kam auch, was die Bürger in Panketal in punkto Kultur, Sozialberatung oder Freizeitangebot vermissen. Alle wurden aufgerufen, die eigenen Ideen umzusetzen und sich dafür gemeinsam mit anderen zu engagieren.

Dr. SIGRUN PILZ

## Wandertips

von BERND MÜLLER

### Oderculinarium

Sonntag, 7. Juli,

Eine leckere regionale Köstlichkeit nach der anderen gibt es in herrlicher Natur. Uhrzeit und Ort wird noch bekannt gegeben

### Das Gut Klostermühle

Sonntag, 21. Juli, Wanderung auf dem Gut Klostermühle mit Manuela Grundmann (6 km)

Das Gut wurde in 18. Jahrhundert von den Grafen Finck von Finkenstein erworben, die die preußische Geschichte mitgestalteten und einen der ersten englischen Landschaftsparks in Preußen anlegten.

Nach der Wanderung gibt es die Möglichkeit in der Klosterscheune einzukehren. Bitte bei Anmeldung mit angeben zwecks Reservierung. Treff: 11 Uhr Gut Klostermühle, Mühlenstr. 11, 15518 Briesen (Mark) OT Alt-Madlitz

### Wanderung um die Däberseen

Sonntag, 4. August, Rundwanderung (7 km)

Waldsiedersdorf – staatlich anerkannter Erholungsort – bietet eine perfekte Naturidylle zum Wandern. Verträumte Stille erwartet den Besucher in dem zweitgrößtem Ort der Märkischen Schweiz. In der malerischen Umgebung von Laub- und Erlenwäldern, vor allem aber herrlichen Seen (Däberseen und Papillensee) gibt es einiges zu entdecken. John Heartfield, der Meister der Fotomontage, hatte seinen Sommersitz in Waldsiedersdorf. Einen ständige Ausstellung zu seinen Werken, in der ehemaligen Schule, kann besichtigt werden. Tourleiterin Manuela Grundmann.

Treff: 11 Uhr Bahnhof, Dahmsdorfer Straße, 15374 Waldsiedersdorf (Märkische Schweiz)

### Autotour in Polen entlang der Oder

Sonntag, 11. August, Autotour entlang der Oder im ehemaligen Landkreis Königsberg/Neumark mit kleinen Wanderungen und Besichtigungen am Wegesrand.

Wir fahren über die Grenze (gültiger Personalausweis!) und biegen dann rechts auf die 126 ab. In Alt Küstrinchen gibt es eine kleine Informationsrast. Nächster Halt Alt Rüditz mit Rast in den herrlichen Oderwiesen. Weiterfahrt bis Güstebiese. Hier Besuch Ausstellung und Shukow-Bunker. Mittagsrast in Alt Lietzegörick bei Tadeusz mit Drei-Gänge-Menü. Weiterfahrt nach Zäckerick mit Spaziergang ins Eichhorntal und Rieseneiche. Die Tour kann als Selbstfahrer oder Mitfahrer erfolgen. Mindestteilnehmerzahl 10 Personen.

Treff: 10:30 Uhr Hotel Zur Fährbühne, Fährweg 17, 16259 Bad Freienwalde OT Hohenwutzen  
Gebühren: Erwachsene 5 Euro, erm. 2,50 Euro

Anmeldung unter 03344/3002881 oder wandermueller@aol.com. Wenn nicht anders angegeben, werden folgende Organisationsgebühren erhoben: Erwachsene 3 €, ermäßigt 1,50 €, Mitglieder der NaturFreunde Oberbarnim-Oderland e.V. und Kinder mit Familienpaß Brandenburg kostenfrei.

## Moore – ein Neuanfang für die (nasse) Landwirtschaft

Jahrzehntelang hat man Moore in Deutschland trockengelegt, um Land zu gewinnen. Dies rächt sich nun und stellt Landwirte vor große Probleme. Für die Bauern könnten Moore zuverlässige Einnahmequellen sein, mit denen ein beachtlicher Beitrag zum Klimaschutz geleistet werden kann. Jedoch müssen alle an einem Strang ziehen.

»Moore sind wie eingelegte Spreewaldgurken: entfernt man das Wasser, rotet das organische Material weg und zwar im Schnitt ein Zentimeter Höhenverlust pro Jahr bei entwässerten Mooren«, beschreibt HNEE-Wissenschaftler FRIEDRICH BIRR den Prozeß der Torfmineralisierung. Das ist desaströs, denn eine ungestörte Torfschicht wächst im Vergleich nur einen Millimeter pro Jahr und bindet damit Kohlenstoff aus der Atmosphäre. »Weltweit ist in ihnen doppelt so viel Kohlenstoff gebunden wie in allen Wäldern«, betont Birr. Sind sie jedoch entwässert werden erhebliche Mengen an Treibhausgasen emittiert.

Etwa fünf Prozent der Landoberfläche Deutschlands sind Moore, aber nur ganz geringe Anteile davon wachsen noch und sind naturnah. Der Rest ist für vier Prozent der Treibhausgas-Emissionen in Deutschland und 37

Prozent der Emissionen aus dem landwirtschaftlichen Sektor verantwortlich. Diese negative Wirkung ist in Anbetracht der weltweiten Klimaziele nicht mehr hinnehmbar.

»Nasse Landwirtschaft« heißt das neue, bislang unterschätzte Handlungsfeld. Beispielsweise zeigen der hohe Bedarf an Schilf für die Dachdeckung oder Rohrkolben für die Produktion von Natur-Dämmstoffen, welche Potentiale ein Umdenken in der landwirtschaftlichen Nutzung von Niedermooren böte (Foto). 80 bis 90 Prozent des in der BRD genutzten Dachreets wird importiert.

Gemeinsam mit Akteuren aus der Landwirtschaft, der Politik und dem Naturschutz arbeitet das HNEE-Forschungsteam im Rahmen des Projekts »Klimaschonende, biodiversitätsfördernde Bewirtschaftung von Niedermoorböden (KLIBB)« an Lösungen für eine verantwortungsbewußte Umsetzung. In enger Zusammenarbeit mit dem Greifswalder Moorzentrum und der Humboldt Universität Berlin ist es das Ziel, neben Bewirtschaftungshinweisen auch naturschutzfachliche Leitlinien, die eine klimaschutzmotivierte, biodiversitätsfördernde landwirtschaftliche Bewirtschaftung von Niedermoorböden ermöglichen, zu entwerfen und breit für eine Nutzungsumstellung zu werben.

ANNIKA BISCHOF



Foto: T. Dähms & P. Schreiber (LEISECAFE.ORG)

## Sanktionen

*Ich hab darüber nachgedacht  
Was man so mit Sanktionen macht  
Ich denk, sie sind ein Knüppel  
Wer nicht pariert, ist bald ein Krüppel  
Menschen flüchten wegen der Sanktionen  
Ist alles reif, dann kommen die Kanonen  
Kriegsvorbereitungen sind in vollem Gange  
Stellt ihnen ein Bein, so lange  
Ihr noch könnt mit Vernunft  
Es geht um die Jugend und deren Zukunft*

DIE ROTE OMA

Elisabeth Monsig (Jahrgang 1924)

### Rentensprechstunde

Der Arbeitskreis »Brandenburgische Rentnerinitiative« gibt einmal im Monat Hilfestellung beim Lesen der Rentenbescheide und Formulieren von Widersprüchen.

Die nächsten Termin sind am 10. Juli und am 11. September, jeweils von 10 bis 12 Uhr im Objekt der Volkssolidarität, Mauerstr. 17 (Richterplatz) in Eberswalde. Im August findet keine Rentensprechstunde der Volkssolidarität statt.

ANDREA HOEHNE

**Ehrenamtliche Bibliothek im »Bahnhofstreff«**  
»Bahnhofstreff« Finow: Tel. 03334-383586

In eigener Sache:

## Eine Sommerpause

Wir bitten um Beachtung, daß die diesjährige August-Ausgabe der »Barnimer Bürgerpost« erst am 27. August erscheinen wird. Als Redaktionsschluß ist der 21. August vorgesehen.

Für die Zeit bis dahin wünschen wir allen Leserinnen und Lesern einen schönen Sommer (jeder darf selber bestimmen, was »schön« ist) und allen, die welche haben, erholsame Ferien.

BBP-Redaktion

## impresum

**herausgeber:** Barnimer Bürgerpost e.V.

**anschrift:** Prenzlauer Str. 19, 16227 Eberswalde

**telefon:** (0 33 34) 35 65 42

**e-mail:** redaktion@barnimer-buergerpost.de

**internet:** www.barnimer-buergerpost.de

**redaktion:** Gerd Markmann

**drucker:** Grill & Frank · (0 33 34) 25 94 088

**redaktionsschluß:** 26. Juni 2019

Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Nachdruck, wenn nicht anders bestimmt, bei Quellenangabe und Zusendung eines Belegexemplars erlaubt. Bankkonto bei der Berliner Volksbank, IBAN: DE27 1009 0000 3599 4610 00, BIC: BEVODE33. Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 2 vom 1. Januar 2002. Abopreise (12 Ausgaben): Normal-Abonnement 9 EURO, ermäßigt 3 EURO, Förder-Abo 12 EURO+. Redaktionsschluß der NÄCHSTEN AUSGABE ist am 21. August 2019.

## Barnimer Bürgerpost

### Ich bestelle ab sofort die »Barnimer Bürgerpost«

- zwei Ausgaben zur kostenlosen Probe
- Normalabonnement (12 Ausgaben: 9 EURO)
- ermäßigtes Abonnement (12 Ausgaben: 3 EURO)  
Schüler, Studenten, Einkommenslose bzw. -schwache (monatl. Einkommen unter 600 EURO)
- Förderabonnement (12 Ausgaben: 12 EURO = 9 Euro + 3 Euro Spende oder mehr)
- Förderabonnement »Gold« (12 Ausgaben: 18 EURO = 9 Euro + 9 Euro Spende oder mehr)

Die »Barnimer Bürgerpost« erscheint derzeit einmal im Monat. Das Abonnement verlängert sich automatisch um den angegebenen Zahlungszeitraum zum gültigen Bezugspreis, falls ich nicht 20 Tage vor dessen Ablauf schriftlich kündige. Beim Vertrieb über einen Postzustelldienst wird eine Versandkostenpauschale von 10 EURO pro Jahr erhoben (entfällt ab 3 Exemplaren).

Ich zahle:  per Bankeinzug  per Rechnung

IBAN  BIC  Bank

Name, Vorname  Straße, Hausnummer

PLZ, Ort  Datum, 1. Unterschrift Abonnent/in

Widerrufsrecht: Innerhalb einer Frist von 14 Tagen nach Absendung (Datum Poststempel) kann ich diese Bestellung widerrufen:

Datum, 2. Unterschrift Abonnent/in

Ich möchte zusätzlich die eMail-Ausgabe der BBP erhalten

eMail-Adresse (Angabe ist notwendig für eine Nutzung der o.g. Angebote)

**Coupon senden an:** Barnimer Bürgerpost, Prenzlauer Str. 19, 16227 Eberswalde  
(Bestellmöglichkeit per Telefon und e-mail siehe Impressum)